

forum demokratischer sozialismus (fds)
I Schriftenreihe I Heft 2

**»Die Toten an der Mauer sind durch
nichts zu rechtfertigen«**

Dokumentation von Texten aus der PDS und
der LINKEN anlässlich des 50. Jahrestages des
Mauerbaus



DIE LINKE.

Inhalt

Einleitung	3
13. August 1961: Der Zweck heiligt die Mittel nie	5
Zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer	6
Sozialismus ist demokratisch oder er ist nicht sozialistisch - Freiheit & Sozialismus ..	9
Schüsse auf Menschen sind auf jeden Fall inhuman und nicht akzeptabel.....	10
Es gibt keine Rechtfertigung für die Toten an der Mauer	11
Die Einheit gestalten und der Opfer gedenken.....	12
Die Präambel und der Streit um Geschichte	16
Präambel der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD Berlin und der PDS Berlin für die Legislaturperiode 2001 bis 2006 (Auszüge).....	19
Erklärung zum 40. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer.....	21
Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit.....	22
Erklärung des Parteivorstandes zum Mauerbau begrüßt.....	25
Anmerkungen zu einem Delegitimationspapier.....	26
Zum 40. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer	28
PDS wird Mauer als Unrecht bezeichnen - keine Entschuldigung.....	32
Opfer der Mauer durch nichts zu rechtfertigen - deshalb Lehren ziehen	33
Freizügigkeit ist die Lehre aus Mauerbau vor 40 Jahren	33
Geh doch rüber - bleib doch hier!	35
Lehre aus gescheiterten Mauern ist Freizügigkeit - sie ist durch Abschottung der EU und Rufe nach Schließung der Grenzen bedroht.....	38

Impressum:

Die fds-Schriftenreihe wird herausgegeben vom
Bundesvorstand des forum demokratischer sozialismus (fds).

Redaktionsadresse:

DIE LINKE, Forum Demokratischer Sozialismus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
www.forum-ds.de

Bundesprecher und V.i.S.d.P.:

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff / benjamin.hoff@forum-ds.de

Einleitung

Auf der Internetseite der Partei DIE LINKE. findet sich in der Rubrik Fragen und Antworten zur Auseinandersetzung mit der Geschichte unter 4. Wie steht DIE LINKE. zur „Mauer“ folgende Position:

„Der Bau der Mauer, des vorgeblichen "antifaschistischen Schutzwalls", war ein deutliches Zeichen der Schwäche der DDR-Regierung. Die Mauer richtete sich in letzter Konsequenz nicht gegen äußere Staatsfeinde, sondern gegen die individuellen Freiheitsrechte der eigenen Bürgerinnen und Bürger. Zwar hat jeder Staat das Recht und die Pflicht, seine Grenzen zu schützen, aber die Geschichte der Mauer entlang der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten steht für den Missbrauch dieses Rechtes. Die Schüsse an der Mauer auf eigene Bürgerinnen und Bürger, die ihren Staat verlassen wollten, stellen eine Verletzung elementarer Menschenrechte dar und sind durch nichts zu rechtfertigen.“¹

Diese Position ist zutreffend und deckt sich selbstverständlich mit den Positionen des forum demokratischer sozialismus (fds) innerhalb der LINKEN. Doch bis DIE LINKE. diese Position vertreten konnte, war es ein weiter Weg. Innerhalb der PDS, einer der Quellparteien der LINKEN und in ihrer eigenen Wahrnehmung diejenige Partei in Deutschland, die sich am intensivsten mit Stalinismus und den Menschenrechtsverletzungen in der DDR auseinandersetzte, war eine solche Position, wie die zitierte, nicht immer unumstritten. Im Gegenteil. Noch im Februar 1999 – also eine knappe Dekade nach Gründung der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) sah sich Gregor Gysi genötigt, Aussagen des damaligen PDS-Vorstandsmitgliedes und aktiven Vertreters der Kommunistischen Plattform in der PDS, Prof. Michael Benjamin, klarzustellen und als Pressemitteilung zu formulieren:

„Man mag die Ursachen und Zusammenhänge des Mauerbaus am 13. August 1961 in historischen Debatten kontrovers analysieren und bewerten - politisch gibt es für Demokratische Sozialisten aber nichts daran zu rechtfertigen. Mit Gründung der PDS haben wir festgestellt: Die Errichtung der Mauer hat die Rechte und Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger der DDR auf lebensgefährliche Art und Weise eingeschränkt. Der Mauerbau hat Menschenrechte verletzt und war damit antisozialistisch. An dieser Position hat sich für die PDS nichts geändert.“

Zu Recht weist Michael Benjamin die pauschale Beurteilung der DDR als Unrechtsstaat zurück. Hinzugefügt werden muß jedoch immer: ein Rechtsstaat war sie auch nicht. Die DDR gründete auf einem politischen System, das eine Mischung von beidem war, in dem soziales Recht zur Legitimation politischen Unrechts erhalten mußte. Als demokratische Sozialisten sind wir hingegen der Überzeugung, daß soziale und politische Rechte einander bedingen, daß sie nie mehr voneinander getrennt werden dürfen.“²

Anlässlich des 50. Jahrestages des Baus der Mauer am 13. August 1961 wird hiermit eine Auswahl von Texten aus der PDS und der LINKEN dokumentiert, mit dem Ziel, all denjenigen ein Instrument an die Hand zu geben, die immer wieder damit konfrontiert werden, dass DIE LINKE. sich ihrer Geschichte vermeintlich nicht stellen würde und zugleich den Entwicklungsstand unserer Geschichtsaufarbeitung offenzulegen, hinter den in unserer Partei nicht mehr zurückgegangen werden darf.

Die Textdokumentation beginnt mit der diesjährigen Erklärung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE zum 50. Jahrestag des Mauerbaus und geht dann in Schritten zurück bis zum Jahr 2001, als die Historische Kommission der damaligen PDS ihre Erklärung zum 40. Jahrestag des Mauerbaus vorlegte. Die Debatte um die Erklärung aus dem Jahre 2001 erinnert an die große Aufregtheit, mit der innerhalb

¹ <http://www.die-linke.de/index.php?id=1137>.

² http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/pressdienst/view_html?zid=7198.

der PDS über geschichtspolitische Fragen und Einordnungen gestritten wurde. Diese Aufregtheit des Jahres 2001 war jedoch nur ein lauer Wind gegen den Sturm der Entrüstung, der sich innerparteilich erhob, als zum Ende des Jahres 2001 die Berliner PDS einer Präambel im Koalitionsvertrag mit der SPD zustimmte, in der die heißen Eisen der PDS in einer für die Partei ungewohnt kritischen Form angefasst wurden: Zwangsvereinigung von KPD und SPD, Menschenrechtsverletzungen aufgrund des Mauerbaus sowie Niederschlagung des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953. Die Präambel selbst sowie Beiträge zur Debatte um sie sind deshalb Teil dieser Dokumentation.

Den Bogen von der Einschränkung der Bewegungsfreiheit einer gesamten Landesbevölkerung durch den Mauerbau bis hin zur heutigen Frage um die Freizügigkeit in Europa schlug vor Kurzem die sächsische Landtagsabgeordnete Freya-Maria Klinger (LINKE) in einer Parlamentsdebatte zum Mauerbau. Diese Rede rundet die Dokumentation ab.

Der Bundesvorstand des forum demokratischer sozialismus (fds) innerhalb der Partei DIE LINKE. legt hiermit das zweite Heft der fds-Schriftenreihe vor. Die Schriftenreihe dient der politischen Bildungsarbeit in der gesamten Partei und der theoretischen Fundierung der strömungspolitischen Arbeit des fds.

Wir wünschen eine interessante Lektüre - Die Herausgeber

13. August 1961: Der Zweck heiligt die Mittel nie

Kolumne von Petra Pau, MdB - DIE LINKE, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

"Kein Ideal und kein höherer Zweck kann das mit der Mauer verbundene Unrecht, die systematische Einschränkung der Freizügigkeit und die Gefahr für Freiheit sowie an Leib und Leben (...) politisch rechtfertigen. Auch wegen historischer Umstände vorgenommene Menschenrechtsverletzungen bleiben Menschenrechtsverletzungen."

Das ist ein Zitat, zehn Jahre alt. Es stammt aus einem Beschluss des damaligen Vorstandes der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Anlass war der 40. Jahrestag des 13. August 1961. In den Analen ist vermerkt, dass die Mitglieder des Vorstandes drei Stunden lang sehr intensiv und konstruktiv um diese Erklärung gerungen haben.

Ich war dabei. Der Beschluss wurde einmütig gefasst. Fast. Es gab eine Gegenstimme. Und im Umfeld der Vorstandsdebatten schwadronierten Vermutungen und Unterstellungen, alt bekannte und wiederkehrende. Etwa diese: Hiermit wollen sich die Partei-Rechten nur anderen Parteien andienen, um endlich als regierungsfähig zu gelten. Absurd!

Keine andere politische Strömung hat mehr Grund, radikal mit der eigenen Geschichte, mit Irrtümern, Verfehlungen und Verbrechen umzugehen als die Linke. Sie muss es um ihrer selbst Willen tun, wenn sie Zukunft gestalten will. Mit dem 13. August 1961 steuerte die DDR auf ihr Ende zu. Der vermeintliche Zweck hatte die Mittel nie geheiligt.

Soziale und Freiheitsrechte - für alle - sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Man darf sie weder gegeneinander ausspielen noch hierarchisieren. Wer es dennoch versucht, ist nicht menschlich. Das ist meine Lehre aus meiner DDR-Zeit. Deshalb streite ich dafür, dass die neue LINKE immer auch eine moderne sozialistische Bürgerrechtspartei sein muss.

Ich habe zahllose Gründe, den vermeintlich sieghaften Kapitalismus systematisch in Frage zu stellen. Eben weil er hierarchisiert und ausspielt: Arme gegen Reiche, Kranke gegen Gesunde, Alte gegen Junge, Demokratien gegen Börsen. Aber das entlässt mich und keine LINKE aus der Mahnung, auch der Opfer des 13. August zu gedenken.

Zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer

Erklärung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE

1. Als vor 50 Jahren die Berliner Mauer errichtet wurde, konnte sich kaum einer vorstellen, dass dieses Bauwerk die bestehende deutsche Teilung im wahrsten Sinne des Wortes auf Jahrzehnte zementieren würde. Die komplette Abriegelung der Grenze nach Westberlin am 13. August 1961 und der anschließende Bau der Mauer dienten der Aufrechterhaltung des politischen Systems in der DDR. Die Partei- und Staatsführung sah keine andere Möglichkeit der anhaltenden Übersiedlungs- und Flüchtlingsbewegung in die Bundesrepublik und dem damit verbundenen Verlust hochqualifizierter Arbeitskräfte Einhalt zu gebieten. Es war das Eingeständnis, den zuvor propagierten Wettbewerb der Systeme bei offenen Grenzen nicht bestehen zu können. Die Mauer symbolisiert somit Schwächen des Sozialismus, die als Geschichtszeichen bis heute nachwirken. Die Mauer als "antifaschistischen Schutzwall" zu rechtfertigen, war ein Missbrauch des wichtigsten demokratischen Legitimationsgutes der DDR. Die Mauer und die Grenzbefestigungsanlagen haben in den folgenden dreißig Jahren fast einhundertfünfzig Menschen das Leben gekostet, Tausende bei Fluchtversuchen ins Gefängnis gebracht, Millionen Menschen das Recht auf Reisefreiheit genommen und zahllose Familien getrennt.

2. DIE LINKE sieht anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus keinen Grund von der unmissverständlichen Klarstellung des Parteivorstandes der PDS aus dem Jahre 2001 abzugehen: "Kein Ideal und kein höherer Zweck kann das mit der Mauer verbundene Unrecht, die systematische Einschränkung der Freizügigkeit und die Gefahr für Freiheit sowie an Leib und Leben, beim Versuch das Land dennoch verlassen zu wollen, politisch rechtfertigen." Die Lehre des Mauerbaus ist eindeutig: Sozialismus braucht Mehrheiten und kann nicht erzwungen werden.

3. Es gab nach dem Ende von Faschismus und Krieg 1945 in Ost- wie Westdeutschland ein großes Bedürfnis nach einer Alternative zum Kapitalismus. Während im Westen die alte privatkapitalistische Ordnung erneut durchgesetzt wurde, musste in Ostdeutschland die alte herrschende Klasse mit zahlreichen Nazis abtreten. Eine umfassende Bodenreform und zahlreiche fortschrittliche sozialpolitische Maßnahmen folgten. Die unter dem Schirm der sowjetischen Besatzungsmacht vollzogene Vereinigung von KPD und SPD erzeugte die Illusion, sie würde auf basisdemokratischen Traditionen der Arbeiterbewegung fußen. In der Partei wurden jedoch oppositionelle Sozialisten und Kommunisten, die sich für einen demokratischen Sozialismus einsetzten, an den Rand gedrängt, ausgeschlossen, litten unter Repression oder zogen sich zurück. Im Osten Deutschlands etablierte sich faktisch ein autoritäres Regime unter Führung der Staatspartei SED. Schon der spontane Arbeiterprotest von 1953 machte deutlich, dass die beschworene Einheit von Partei und Arbeiterklasse ein uneingelöstes Wunschbild war.

4. Der Bau der Berliner Mauer offenbarte das grundlegende Problem des Herrschafts- und Gesellschaftssystems in der DDR: das Verständnis eines autoritären Staatssozialismus, in dem die Bevölkerung als Objekt behandelt wird, dem die Partei- und Staatsführung ihre Ziele aufzwingt - bis hin zur Einschränkung der Rechte auf Bewegungs-, Koalitions- und Meinungsfreiheit. Dies steht im Gegensatz zu einem selbstbestimmten und demokratischen Sozialismus. Rosa Luxemburg betonte im Programm des Spartakusbundes 1918, man brauche keine Partei "die über die Arbeitermasse oder durch die Arbeitermasse zur Herrschaft gelangen will". Die "Regierungsgewalt" dürfe nie anders übernommen werden "als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland".

5. Der Mauerbau war zugleich ein Produkt des Kalten Krieges und der nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen bipolaren Weltordnung von Ost und West. Europa war zwischen den Siegermächten aufgeteilt. Die Teilung Deutschlands und Berlins war besiegelt und wurde auch von den Westmächten befördert. John F. Ken-

nedys Aussage, die Mauer "sei keine schöne Lösung, aber tausendmal besser als Krieg" illustriert knapp diesen Sachverhalt. Die sowjetische Führung und im Gefolge die DDR entschieden sich 1961 auch zum Mauerbau, um einen Krieg zu verhindern. Dieser war angesichts der fortschreitenden Destabilisierung der DDR und unter den Bedingungen der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa nicht auszuschließen. Es ist zur Kenntnis zu nehmen: Die Mauer hätte auch nicht über Jahrzehnte bestehen können ohne ihre Tolerierung durch die westlichen Besatzungsmächte (USA, Großbritannien, Frankreich), für die damit der bestehende Status quo gesichert wurde. Die eigentlichen Auseinandersetzungen zwischen Ost- und Westblock fanden nicht mehr in Europa statt, sondern in Teilen der sogenannten Dritten Welt, wie etwa in Kuba, Vietnam oder Afrika. Dass in der Folgezeit die Entspannungspolitik vor allem in Europa rasante Fortschritte machte, gehört zum Paradox des Mauerbaus.

6. Die Mauer hatte Bonner und Westberliner Politikern die dreigeteilte Lage Deutschlands vor Augen geführt. In den Folgejahren akzeptierten Teile der westdeutschen Eliten – auch im eigenen Interesse – die Möglichkeit einer sich im Idealfall reformierenden, zumindest doch im Großen und Ganzen prosperierenden DDR. Sowohl für die politische Klasse der Adenauer-Zeit als auch für die veröffentlichte Meinung bedeutete der Mauerbau die sichtbare Bestätigung ihrer antikommunistischen Propaganda. Was anderes hatte man von der DDR gar nicht erwartet, weshalb der Bundeskanzler erst nach erheblicher Verzögerung Westberlin pro forma einen Kondolenzbesuch abstattete. Auch von der kleinen bürgerlichen Opposition und von Teilen der Gewerkschaftsbewegung wurde der Mauerbau zwar nicht begrüßt, aber akzeptiert. Endlich konnte realistisch über die Zukunft der Bundesrepublik diskutiert werden, und die mythische Formel "Deutschland, dreigeteilt niemals" sukzessive kritisiert und mit der Entspannungspolitik obsolet gemacht werden.

7. Zum 40. Jahrestag des Mauerbaus erklärte die Historische Kommission der PDS: "Die Mauer blieb bis 1989 stehen. Sie wurde mehr und mehr zum untrüglichen Indiz gesellschaftlicher Stagnation. Den erneuten massenhaften Ausbruch aus dem, was vielen Bürgerinnen und Bürgern, vor allem jüngeren, zum Gefängnis geworden war, konnte sie am Ende nicht mehr verhindern. Im Schatten der Mauer verkümmerte auch die Gesellschaft, die durch sie geschützt werden sollte." Die Hoffnung von Teilen der DDR-Bevölkerung, darunter auch namhafter Künstler und Intellektueller, die DDR-Gesellschaft könne nach dem Mauerbau ohne Störungen von außen erfolgreich aufgebaut und reformiert werden, zerstob im Verlauf eines knappen Jahrzehnts. Die Abwürgung des Prager Frühling 1968 steht für das Ende reformpolitischer Ansätze im sozialistischen Lager. Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 war nicht von ungefähr eingebettet in die Ereigniskette der Selbstbefreiung der DDR-Bürger von ihrer Entmündigung. Sie wurde durch den Druck der Straße erzwungen und nicht von der Parteiführung geschenkt. Politische Veränderungen in Osteuropa, die die Grenzöffnung von Ungarn nach Österreich beinhalteten, öffneten den "Eisernen Vorhang". Diese Tatsache, kombiniert mit einer tiefen politischen und sozialen Krise in der DDR, war der Hintergrund vor dem sich die DDR-Bürger 1989 politische Freiheitsrechte erkämpften. Dass dieser revolutionäre Aufbruch in einem konservativen Wahlsieg, in die Wiedervereinigung mit Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit sowie im Verlust sozialer Errungenschaften restaurativ mündete, ist auch eine Folge der fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten einer demokratischen und sozialistischen Linken in der DDR.

8. Bis heute haben DIE LINKE und die Arbeiterbewegung am Erbe des Mauerbaus zu tragen. Die Idee des Sozialismus ist missbraucht und diskreditiert worden. Dies nutzen Verteidiger des kapitalistischen Systems bis heute dazu, jegliche Suche nach grundlegenden Alternativen als einen Weg in Mauer und Stacheldraht zu kriminalisieren. Vor allem aber um der eigenen Glaubwürdigkeit willen ist eine klare und eindeutige Positionierung der LINKEN in dieser Frage unabdingbar. Darüber hinaus verfestigte der Mauerbau über Jahrzehnte die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Die Nachwirkungen sind bis heute spürbar. DIE LINKE steht im wiederverei-

nigten Deutschland für einen gemeinsamen Kampf in Ost und West für sozialen und politischen Fortschritt.

9. Eine ehrliche Debatte über die Berliner Mauer erfordert ebenfalls eine Auseinandersetzung mit neuen Grenzen und mit Festungsmentalitäten, die heute bestehen und aufgebaut werden. Tausende Menschen starben in den letzten Jahren bei dem Versuch, die um Europa zur Abwehr ökonomischer und politischer Flüchtlinge errichteten "Mauern" zu überwinden. Für Millionen Menschen in unserem Land mit geringem Einkommen gibt es die Reisefreiheit nur auf dem Papier. DIE LINKE kämpft gegen diese Abschottung und Beschränkung der Freiheit. Es ist verlogen, immer wieder auf den Mauerbau 1961 zu verweisen und zugleich neue Mauern zu errichten oder zu rechtfertigen. Dass Freiheit, Demokratie und Sozialismus für alle Zukunft untrennbar verbunden sein müssen, bleibt im 50. Jahr des Mauerbaus die wichtigste Lehre.

Diese Erklärung wurde nach Diskussion in der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE am 14. Juni 2011 vom Sprecherrat verabschiedet.

Sozialismus ist demokratisch oder er ist nicht sozialistisch – Freiheit & Sozialismus

Erklärung der stellvertretenden Parteivorsitzenden Halina Wawzyniak 48. Jahrestag des Mauerbaus (13. August 2009)

Spätestens mit dem Bau der Mauer am 13. August 1961 endete der Versuch, demokratischen Sozialismus in einem Teil Deutschlands zu etablieren. Ein Sozialismus, vor dem Menschen flüchten, ein Sozialismus, der von den Menschen nicht gewollt wird und der seine Menschen einsperrt, ist kein Sozialismus.

Der Mauerbau eignet sich jedoch nicht für Wahlkampfmanöver und schon gar nicht zur Diskreditierung der Lebensleistung vieler Bürgerinnen und Bürger der DDR. Dennoch hatte der Parteivorstand der PDS im Jahr 2001 Recht als er erklärte: „Der Mauerbau war der in Beton gegossene Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyps in der DDR gegenüber dem realen damaligen Kapitalismustyp in der Bundesrepublik.“

Die Mauer hat die Teilung Deutschlands nicht verursacht, sie hat sie vertieft. Ursache der Teilung war der verbrecherische Krieg, den der NS-Faschismus vom Zaun gebrochen hat und dessen Verbrechen einmalig sind.

Nicht der Sozialismus ist tot, der Kapitalismus hat nur überlebt. Heute ist ein Tag zum Innehalten und ein Tag zum Streiten für eine wirkliche Alternative: Freiheit und Sozialismus!

Schüsse auf Menschen sind auf jeden Fall inhuman und nicht akzeptabel

Auszüge aus dem Statement des Bundesgeschäftsführers Dietmar Bartsch auf der Pressekonferenz im Berliner Karl-Liebknecht-Haus (13. August 2007)

„Guten Tag, meine Damen und Herren! Nach der Sommerpause ist heute mein erster Tag wieder im Karl-Liebknecht-Haus, welcher mit einer Sitzung des Geschäftsführenden Parteivorstandes begonnen hat. Lothar Bisky hat die Sitzung geleitet und wir hatten mehrere Themen auf der Tagesordnung. (...)

Ich will, auch wenn dies heute bei uns im Geschäftsführenden Parteivorstand keine große Rolle gespielt hat, aber angesichts der aktuellen Diskussionen aufgrund des Dokuments, das in einer Behörde aufgetaucht ist, zum Schluss einige wenige Bemerkungen zum Thema 13. August, Jahrestag des Mauerbaus, machen. Erstens will ich mit großer Klarheit noch einmal feststellen, dass sich keine Partei so intensiv mit dieser Frage beschäftigt hat wie die PDS in ihrer Geschichte. Wir haben uns gerade dem Thema Mauerbau, dem Thema Grenzsicherung der DDR sehr intensiv gewidmet und hier immer eine klare und eindeutige Position eingenommen, die eine sehr kritische Position ist. Wir haben dazu Konferenzen durchgeführt und dabei festgestellt: Ein großes Manko war, dass diese Mauer nicht etwa den Klassenfeind von der DDR fernhalten sollte, sondern zunehmend nach innen gerichtet war, dass sie die Freiheit der Menschen in der DDR beschränkt hat und dass wir auch deshalb das Grenzregime und den Mauerbau kritisiert haben. In großer Deutlichkeit will ich hier noch einmal unsere Position nennen: Jede und jeder Tote an der Mauer ist einer zuviel gewesen! Ohne Wenn und Aber. Hier gibt es überhaupt keinen Grund, irgendetwas zu relativieren.

Ich will aber auch eine Bemerkung zu dem aufgetauchten Dokument machen: Aus meiner Sicht ist die Herangehensweise ein Stück weit ahistorisch und auch unwissenschaftlich. Zum einen haben diejenigen, die das veröffentlicht haben, einen Tag später schon eingestehen müssen, dass dieses Dokument bereits vor zehn Jahren veröffentlicht worden war. Es soll jetzt aber das Krondokument für den so genannten Schießbefehl sein. Das kann ich wirklich nicht nachvollziehen. Wenn man das wirklich so annimmt und sagt, ja, der Staatssozialismus war ein Zentralsystem, dann kann es auch kaum sein, dass in einer ungeordneten Behörde ein Dokument ohne Kopfbogen oder Unterschrift nun "der Beweis" für Schießbefehle ist. Gerade angesichts der Opfer mahne ich hier einen seriösen Umgang an und bitte auch um einen wissenschaftlichen Umgang. Das betrifft wahrhaftig nicht nur die Birthler-Behörde. Ich will dann schon gerade auch in Ihrer Anwesenheit feststellen, dass das Aufnehmen solcher Dokumente durch Sie, die Medien, in dieser Art und Weise dazu beigetragen hat, dass es diese Diskussion hier gibt - die aus meiner Sicht ahistorisch und unwissenschaftlich ist. Um es klar und eindeutig zu betonen: Dieses Dokument ist eines, das auch den Gesetzen der DDR widersprochen hat. Wenn es das in dieser Form gibt, ist es etwas, wo man auch in der DDR hätte diejenigen strafrechtlich zur Verantwortung ziehen müssen. Das relativiert meine vorausgehenden Aussagen zur Mauer und den Opfern überhaupt nicht. Es bleibt dabei, unsere Positionierung dazu haben wir im Übrigen in schweren Auseinandersetzungen in der PDS vorgenommen. Und diese Positionierungen gelten auch in der neuen Partei DIE LINKE. Die Schlussfolgerung für die politische Linke kann nur eine einzige sein: Schüsse auf Menschen sind auf jeden Fall inhuman und nicht akzeptabel. Das betraf die innerdeutsche Grenze, das betrifft aber auch heute jedes andere Schießen auf Menschen in der Welt.“

Es gibt keine Rechtfertigung für die Toten an der Mauer

Erklärung der stellvertretenden Vorsitzenden der Landtagsfraktion und des Landesvorstandes der Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt, Birke Bull zum 45. Jahrestag des Mauerbaus (13. August 2006)

Kein Ereignis der Nachkriegsgeschichte hat die Menschen in Ost und West so traumatisch begleitet wie der Bau der Mauer am 13. August 1961. Er war der in Beton gegossene Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyps in der DDR. Die Errichtung der Mauer war keine Lösung, um die Existenz der DDR zu retten. Internationale Konflikteindämmung und Machterhalt der SED-Führung erfolgten auf Kosten der Freiheit der eingemauerten Bevölkerung der DDR. Ein Staat, der sein Volk einsperrt, ist weder demokratisch noch sozialistisch.

Unumstößlich bleibt: Es gibt keine Rechtfertigung für die Toten an der Mauer. Nichts kann das mit der Mauer verbundene Unrecht, die systematische Einschränkung der Freizügigkeit und die Gefahr für Freiheit sowie an Leib und Leben, beim Versuch das Land dennoch verlassen zu wollen, in irgendeiner Weise rechtfertigen.

Am 45. Jahrestag des Mauerbaus gilt deshalb unser Gedenken den an der deutsch-deutschen Grenze zu Tode Gekommenen, den Verletzten, den Inhaftierten und von Repressalien Betroffenen sowie ihren Angehörigen. Wir verurteilen das von der SED als der dafür verantwortlichen politischen Kraft ausgegangene Unrecht. Das Schicksal der Opfer und die Einschränkungen der Würde und der Lebenswege vieler Menschen berühren uns tief.

Die Gedenkstätten in Marienborn und Hötensleben sind ein Symbol für etwas, das sich nie wiederholen darf. Die Linkspartei.PDS tritt für eine Gesellschaft ein, die sich auf den Werten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität gründet. Der Streit um das rechte Maß und die rechte Qualität von Freiheit, der Streit um die besten Verhältnisse zur Beförderung eines Lebens in Menschenwürde kann selbst nur in Freiheit und Menschenwürde geführt werden, oder er erstickt.

Die Einheit gestalten und der Opfer gedenken

Rede des Fraktionsvorsitzenden Stefan Liebich in der 59. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin am 11. November 2004

[aus dem Wortprotokoll]

Vizepräsident Dr. Stözl:

Vielen Dank, Herr Kollege Zimmer! – Es folgt die Fraktion der PDS. Das Wort hat der Kollege Liebich. – Bitte schön!

Liebich (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Zimmer! Die Schwarzweißmalerei, die Sie eben vorgenommen haben, finde ich an einem Datum wie heute ausgesprochen unangemessen.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Ich finde es eine Unverschämtheit – das will ich hier klar und deutlich sagen –, die DVU, die NPD und die PDS in einem Atemzug zu nennen.

[Beifall bei der PDS und der SPD – Dr. Lindner (FDP): Ist doch richtig!]

Am 9. November 1989 wurde Geschichte geschrieben. Wir sollten 15 Jahre nach dem Mauerfall den Versuch unternehmen, diesen Tag in seinen vielen Facetten zu würdigen, und uns über den Weg vergewissern, den unser Land und den insbesondere Berlin in den letzten Jahren zurückgelegt haben. Die Fernsehbilder, die in dieser Woche aus Anlass dieses Jahrestages zu sehen waren, die Artikel, die wir lesen konnten, sie haben uns die Freude und das Glück der Menschen gezeigt, denen es nach Jahrzehnten gewaltsamer Trennung durch die Berliner Mauer wieder möglich wurde, zueinander zu finden. Schon dieser Umstand, dass die Wiedererlangung ziviler Selbstverständlichkeiten – reisen, wohin man möchte, besuchen, wen man möchte –, dass dies den Tausenden, die sich an den Grenzen gedrängelt haben, wie der reine Wahnsinn vorkam, das zeigt, wie falsch die Mauer und das politische Denken derer war, die ihre Errichtung entschieden hatten.

[Beifall bei der PDS und der SPD – Zurufe von der CDU]

28 Jahre lang verlief diese unnatürliche Grenze durch unsere Stadt – eine viel zu lange Zeit. Es war gut, dass Menschen aus Ostberlin sie in dieser Nacht durchbrochen haben. Die Berliner Mauer hat die Teilung und die Einordnung der Stadthälften in politisch gegensätzliche Systeme zementiert. Die Mauer durch Berlin und das unmenschliche Grenzregime mitten in Deutschland haben Familien und Freunde auseinander gerissen. Die Schüsse an der Berliner Mauer haben schweres Leid und Tod über viele Menschen gebracht. Kein Staat hat das Recht, seinen Bürgerinnen und Bürgern Freizügigkeit und die Ausreise zu verweigern, erst recht nicht mit Gewalt.

[Beifall bei der PDS und der SPD – Niedergesäß (CDU): Hört, hört!]

Die Toten an der Berliner Mauer sind durch nichts zu rechtfertigen und zu relativieren. Eine bessere Gesellschaft kann nicht erreicht und angestrebt werden, indem Demokratie und Menschenrechte verletzt werden. Der Fall der Mauer war ein glücklicher Tag für Berlin.

[Beifall bei der PDS und der SPD – Krestel (FDP): Was sagt denn Ihre Basis dazu?]

Aber – ich will das hinzufügen, weil es zur Ehrlichkeit gehört – es war auch für einige ein Tag der Wehmut. Ich will das nicht verschweigen, auch wenn ich weiß, dass sich das hier viele nicht vorstellen können. Ja, ich zum Beispiel, und ich will darüber auch reden. Viele, die für eine bessere, eine demokratischere DDR gekämpft hatten,

[Gelächter des Abg. Krestel (FDP)]

mussten an diesem Tag Abschied nehmen von ihrem Traum. Ich war damals 16, ich bin noch zur Schule gegangen, aber ich gehörte zu denen, die beides – Sozialismus und demokratische Freiheiten – wollten und für vereinbar hielten. Und das tue ich übrigens heute noch.

[Niedergesäß (CDU): Ha, ha, ha!]

Ich habe mich in den letzten Tagen daran erinnert, wie ich persönlich diesen 9. November erlebt habe. Natürlich habe ich vor dem Fernseher gesessen und die Pressekonferenz mit Günter Schabowski, der später Wahlkampf für Frank Steffel gemacht hat, gesehen. Ich habe die ganze Hilflosigkeit einer untergehenden Regierung gesehen. Ich habe gestaunt darüber, was auf einmal alles möglich wurde. Aber meine Gefühle dabei waren durchaus zwiespältig. Ich war neugierig, aber nicht euphorisch. Ich habe mich mit den jubelnden Menschen gefreut, aber ich hatte auch Angst davor, was kommen wird.

[Zuruf von der CDU: Vor den Grenztruppen!]

– Wenn Sie wenigstens ein Mal in so einer Debatte zuhörten, wäre das wirklich gut.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Ich weiß, dass die CDU die Weisheit mit Löffeln gefressen hat und alles ganz genau weiß. Aber vielleicht wollen sich wenigstens die anderen darüber verständigen.

[Gram (CDU): Sie tun ja so, als seien Sie Widerstandskämpfer gewesen!]

Nein, ich habe nicht so getan, als sei ich Widerstandskämpfer gewesen. Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie auch verstanden. Sie müssen einfach ein Mal zuhören. –

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Ich konnte das Glück nachvollziehen, das Verwandte bei ihrem Wiedersehen empfunden haben. Aber mir war der Anblick der Menschengruppen, die für ihr Begrüßungsgeld angestanden haben, ausgesprochen unangenehm. Ich brauchte einige Tage, bis ich das erste Mal drüben war, wie wir damals gesagt haben. Ich bin allein am Bahnhof Jannowitzbrücke in die U-Bahn eingestiegen

[Oh! von rechts]

und in Kreuzberg wieder ausgestiegen. Ich bin lange durch für mich fremdartig anmutende, türkisch geprägte Kieze gelaufen. Mein Begrüßungsgeld – um das gleich hier anzufügen – habe ich mir auch geholt. In der Schlange war es mir trotzdem ein bisschen unangenehm. Ja, ich habe damals gezögert. Ja, ich habe mich dann entschlossen, aktiv an der Gestaltung der wiedervereinigten Republik mitzuwirken, nicht zuletzt, weil ich dazu beitragen wollte, dass Biographien von Menschen aus der DDR mit dem Fall der Mauer nicht entwertet werden, dass Errungenschaften, die es in der DDR eben auch gab, nicht kleingeredet und abgeschafft werden.

[Beifall bei der PDS und der SPD – Reppert (CDU): Welche denn?]

Die Stadt diskutiert in diesen Tagen leidenschaftlich über das angemessene Gedenken an der Mauer. Das ist gut, weil es wichtig ist, Erinnerung an die Geschichte wach zu halten. Wir sollten dabei aber versuchen, diese Diskussion in höchstem Maße redlich zu führen. Herr Lindner, ich war schon einigermaßen überrascht, dass Sie auf dem gewohnt niedrigen Niveau zu Protokoll geben mussten, der Regierende werde in dieser Frage von der PDS ferngesteuert. Diesen Quatsch hätte Ihnen vielleicht vor drei Jahren jemand abgenommen, heute glaubt das nur noch Georg Gaffron. Die Wahrheit sieht ein wenig anders aus. Herr Zimmer, es war damals Konsens in der Stadt, die Mauer zum Verschwinden zu bringen. Es waren die CDU-Senatoren Hassemer und Klemann, die sich immer wieder dagegen gesperrt haben, Wachtürme und Mauerteile unter Denkmalschutz zu stellen. Herr Hassemer war es auch, der das Landesdenkmalamt angewiesen hat – wider besseres Wissen –, vor Gericht gegen die Unterschutzstellung der Mauerteile am Potsdamer Platz zu argumentieren. Der fachlich-öffentliche Konsens hierfür sei nicht vorhanden, hieß es damals. Herr Zimmer, es war die große Koalition unter Eberhard Diepgen, die das Gelände am Checkpoint Charlie an Private verkauft hat. Das gehört auch zur Wahrheit, und daran muss man

sich heute auch erinnern, wenn man sich so aufregt, was an diesem Ort passiert oder nicht passiert.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Vizepräsident Dr. Stözl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hoffmann?

Liebich (PDS):

Nein! – Es gibt ein Gedenkkonzept für Berlin. Wir finden es wichtig, dass es in Berlin zahlreiche Orte gibt, die an die deutsche Teilung erinnern. Angesichts der Debatten über die private Gedenkinitiative am ehemaligen Checkpoint Charlie ist es wichtig, daran zu erinnern. Da ist das Dokumentationszentrum Berliner Mauer an der Bernauer Straße, das ich nicht uninspiriert, Herr Zimmer, sondern ausgezeichnet finde.

[Zuruf des Abg. Wegner (CDU)]

– Ja, es gibt dort auch ein Denkmal, ich finde auch dieses Denkmal gut. – Ich finde das angemessen. Da haben wir vielleicht unterschiedliche Auffassungen. Ich finde es gut, dass jedes Jahr am 13. August die Größen der Bundesrepublik Deutschland ihre Kränze niederlegen. Ich finde das richtig, und ich finde, das ist ein angemessener Ort. Wir haben die Kapelle der evangelischen Versöhnungsgemeinde nur wenige Schritte entfernt. Es gibt die Stele für Chris Gueffroy. Wir haben die Originalmauer in der Niederkirchnerstraße. Berlin hat viele Gedenkort und braucht sie auch, denn ich finde es erschreckend, dass es in Ost und West immer noch Menschen gibt, die sagen, dass sie die Mauer wieder haben wollen. Sie kennen diesen Spruch auch: Am besten doppelt so hoch. – Wir haben das vielleicht alle schon einmal gehört, und nicht nur im Osten. Ich glaube, dass dies in letzter Konsequenz niemand wirklich will. Aber solchen leichtfertig gesagten Sätzen sollten wir entgegentreten. Wer im Saarland arm ist, ist dies nicht, weil er den Aufbau Ost subventioniert hat. Und in der Uckermark nimmt man zu Unrecht an, dass die Arbeitslosigkeit wegen der Wesis so hoch ist. Die DDR oder die alte Bundesrepublik Deutschland wieder zu haben, löste diese Probleme auch nicht. Für mich als Sozialisten gilt immer noch der Satz, dass die wirklichen Grenzen nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen oben und unten verlaufen.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Wie weit sind wir nun 15 Jahre danach? – Es ist schon immer ein bisschen wie mit dem halb vollen oder halb leeren Glas. Ich finde es auch nicht gut, dass die Busfahrer bei der BVG immer noch unterschiedliche Arbeitszeiten haben, dass die Renten unterschiedlich hoch sind und dass die Hartz-Gesetze der Bundesregierung einen unterschiedlichen Satz für das Arbeitslosengeld II in Ost und West vorsehen.

[Zuruf der Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne)]

Noch immer löst es Debatten und offensichtlich auch Unbehagen aus, wenn kompetente Ostgeborene in der Stadt nach verantwortungsvollen Positionen streben. Aber es gibt auch das halb volle Glas, gerade in Berlin. In keiner Region Deutschlands sind sich Ost und West so nahe wie in Berlin, und das ist nicht nur geographisch gemeint. Dass das ausgerechnet unter einer SPD-PDS-Koalition zu konstatieren ist, ist meiner Ansicht nach auch kein Zufall. Wir sind es, die die alten Strukturen verändern, die aus dem Osten, soweit sie überhaupt noch vorhanden sind, aber auch die Westberliner. Ausstieg aus der unsozialen Wohnungsbauförderung, Tarifvertrag im öffentlichen Dienst, Stiftung Oper in Berlin mit Deutscher, Komischer und Staatsoper, Charité mit Standorten in Ost- und Westberlin, gemeinsame Strukturplanung der Universitäten von Dahlem bis Adlershof – das ist der reale Brückenbau zwischen Ost und West.

[Beifall bei der PDS]

In den letzten drei Jahren hat sich Berlin gewaltig geändert. Wenn mir im Jahr 2000 jemand erzählt hätte, dass eine CDU-Stadträtin auf einer PDS-Veranstaltung in Neukölln angekündigt, ein Sportstadion nach Werner Seelenbinder zu benennen, hätte ich es nicht geglaubt. Im Sommer 2004 ist es einfach passiert.

Es ist Berlin sicher nicht einfacher geworden. Aber der Kalte Krieg – hoffe ich – mit Blick auf einige Redebeiträge – ist endgültig zu Ende, weil die Berliner im Jahr 2004 andere Sorgen haben. Mechthild Küpper hat in der "FAZ" vorgestern geschrieben, dass in Berlin die Herkunft aus dem Osten oder Westen nicht mehr als politisches Argument eingesetzt wird. Und weiter: Das verdankt sich ausgerechnet der Regierungsbeteiligung der PDS.

Wenn das tatsächlich so wäre, hätte sich schon allein dafür diese Koalition gelohnt. Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Die Präambel und der Streit um Geschichte

Dr. Ernst Wurl und Dr. Klaus Kinner in der PDS-Mitgliederzeitschrift „Disput“, Heft 2/2001

Die Bundesrepublik im Taumel der Geschichte – in »Geschichtsbesessenheit«, wie ein Buchtitel lautet, und die PDS ist dabei. Allerdings weniger bei den »großen«, den »nationalen« Themen, die in Medien, Ausstellungen, Gedenkstätten und in den Diskussionen der Fachhistoriker vorherrschen: Platz und Rolle Deutschlands seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, bei Weltkriegen und Faschismus, in Kaltem Krieg und Kaltem Frieden, beim Streit um Holocaust und zum nationalen Schuldverständnis. Was sich seit den frühen achtziger Jahren in der Bundesrepublik anbahnte, hat sich seit der Mitte der 90er Jahre zu einem umfassenden Disput um das Verständnis der eigenen Geschichte entfaltet. Seitdem die Bundesrepublik Deutschland, »bereichert« um die DDR, wieder international agierende Militärmacht ist, sieht sie sich wie noch nie seit dem Untergang des deutschen Faschismus 1945 und der Abrechnung mit seinen Verbrechen in den Nürnberger Prozessen mit Fragen nach der militaristischen und imperialistischen Vergangenheit Deutschlands bedrängt; sie muss sich selbst befragen, wie sie mit solchen Lasten der eigenen Herkunft Politik begründen und betreiben will. Worin soll kollektive deutsche Identität bestehen? Kann man schlicht zu »nationalem Selbstbewusstsein« zurückkehren, den Faschismus als Sonderfall abtun und relativieren? Ein namhafter konservativer Intellektueller wie Karl-Heinz Bohrer meint, die Deutschen hätten ein schädliches »Nahverhältnis« zu ihrer Geschichte, indem sie den Bezugspunkt Hitlerfaschismus wählten, doch sie bräuchten wieder ein »Fernverhältnis«, das die gesamte Geschichte Deutschlands umschließe und das »Dritte Reich« darin einebene. Kurzum: Neben den gesunden Tendenzen, sich der eigenen Geschichte bewusst zu werden und mit antidemokratischen und militaristischen Traditionen zu brechen, mehren sich Stimmen der Revision eines so orientierten Geschichtsbildes.

Die PDS reagiert natürlich auf derartige Strömungen, kritisch und polemisch. Jedoch: vor allem politisch. – Auf dem Felde der Geschichte ist sie ein Dutzend Jahre nach der demokratischen Revolution von 1989/90 immer noch vor allem mit sich selbst befasst. Genauer: mit der Partei und mit dem Staat, aus denen sie stammt. Gewiss, die Parteitage, die Spitze der Partei und die Historische Kommission beim Parteivorstand treiben die kritische Auseinandersetzung um dieses historische Erbe voran, viele Mitglieder bemühen sich, aus politischen und ideologischen Fehlern der SED zu lernen und deren Gesellschafts- und Politikauffassung und eine deterministische Sicht auf die Geschichte zu überwinden. Letztlich kann nur dies festen Boden unter den Füßen schaffen, um an der gesellschaftlichen Debatte über die »großen« nationalen Probleme teilzunehmen, selbstbewusst und progressiv. Sentimentale Erinnerung an eine kuschelige DDR, träumerische Verklärung, der erhobene Zeigefinger in Richtung anderer, um die Schatten der eigenen Vergangenheit mit dem Trost aufzuhellen, die da hätten es ebenso nötig, in Sack und Asche zu gehen – derlei blendet. Noch nie haben die Fehler des anderen einen selbst besser gemacht, allenfalls gleich. Klare Sicht für den Weg zur sozialistischen Selbsterneuerung und zur Lösung von Lebens- und Zukunftsfragen der Bundesrepublik in einer sich immer rascher globalisierenden Welt findet man auf diese Weise kaum.

Wie sich zeigt, genügen ein paar Zeilen zur Geschichte in einem politischen Dokument, in der Präambel zum Koalitionsvertrag von SPD und PDS über die Bildung einer gemeinsamen Landesregierung, dass Diskussionen einer Art wieder aufbrechen, als hätte es den Gründungskonsens der Partei niemals gegeben: an die Wurzeln des eigenen Scheiterns zu gehen, stalinistische Prägungen abzuwerfen. Was in den lebhaften Diskussionen über die SED-Gründung und den 13. August 1961 im zurückliegenden Jahr an Argumenten ausgetauscht wurde, führte nur bedingt zum Überdenken eigener Sichten, selbst der Begriff des Antistalinismus ist in Verdacht geraten.

In der Präambel, so das apodiktische Urteil, werde die »historische Wahrheit« misachtet und die Geschichte von DDR und SED auf ein Zerrbild »reduziert«. Nun handelt es sich bei der Präambel freilich unzweideutig nicht um ein Geschichtstraktat, sondern um ein politisches Abkommen zu dem Zweck, bestimmte Grundlagen gemeinsamer Regierung zu bestimmen. Wenn man diesen Willen hat, sind Kompromisse ohnehin unumgänglich, und betreffen sie die Geschichte, können es immer nur Signallichter sein, die da aufscheinen. Aussagen sind zwangsläufig »reduziert« – wer mehr will, muss komplexe historische Abrisse schreiben. Dies ist in einer politischen Absichtserklärung zweier so unterschiedlicher politischer Kräfte unerreichbar und schlechthin abwegig. Täte man es im Übrigen anderenorts, käme man dort an, wohin man programmatisch-statutarisch gar nicht geraten will: ein politisches Geschichtsbild zu zimmern, das für die Mitglieder der Parteien verpflichtend ist. Aber vielleicht will dieser oder jener das, soweit es denn sein eignes Bild wäre. So aber kann man nüchtern sagen: Von einer unerträglichen Einmischung der Politik mittels der Präambel in die Geschichtswissenschaft, gegen die man aufschreiben müsse, kann keine Rede sein: Kein programmatisches Dokument, keine Parteiführung fordert die Mitglieder auf, sich den Stichworten in der Präambel zu unterwerfen. Sie sind eine Geschäftsgrundlage gemeinsamer Politik mit der Berliner SPD. Die Chance zu vergeben, in der Bundeshauptstadt die Geschehnisse mitzubestimmen und ein bundesweites Signal zu setzen, nur um eines innerparteilichen ideologischen Pseudofriedens, um der Rücksichtnahme auf überlebte ideologische Normen und Wertungen willen, verheißt ein kontraproduktives politikfremdes Handeln.

Gewiss wäre es unerträglich, gingen Politiker mit der »historischen Wahrheit« um, als handele es sich um eine beliebig formbare Knetmasse. Wenn sie meinen, historische Argumente und Urteile zu benötigen, wünschte man sich allerdings, dass sie Fachhistoriker anhörten, um nicht in utilitaristische Beliebigkeit und Überschätzung ihrer eigenen Geschichtsgewissheit zu verfallen. Die Geschichte war stets eine ideologische Waffe, mit der um die kulturelle, die geistige Hegemonie gekämpft und die eigene Politik legitimiert wurde. Doch auf die Dauer rächt es sich, wird sie um des Augenblickserfolges willen zurechtgebogen. Hier liegen auch die Grenzen der Wirksamkeit und Solidität jeder Geschichtspolitik – die Erfahrungen aus der SED, in der ein Generalsekretär sich als Historiker und oberster Richter über die Geschichte empfand, stehen als Warnschild am Wegesrand.

Wer die Preisgabe »historischer Wahrheit« moniert, beansprucht, diese zu kennen. Historiker wissen, dass jenseits so genannter banaler, eindeutig bestimmbarer Tatsachenbestände sehr komplizierte Forschungen und Analysen notwendig sind, um Hintergründe, Situationen, Zusammenhänge, Motivationen usw. usf. zuverlässig zu eruieren und sich der historischen Wahrheit zu nähern; sodann bleibt immer noch die Wertung des Faktenmaterials – und die hängt ab von Erkenntnisziel, politischem, ideologischem und ethischem Standort des Fragestellers und seinen Fragestellungen. Wahrheit kann in der Geschichte mehrere Gesichter haben, in jeder Zeit werden Fragen spezifisch gestellt und neue Antworten gefunden. Ein Urteil über die Vergangenheit steht jedem zu, doch es steht im Maßverhältnis seiner Kenntnis und seines Geschichtsverständnisses und hängt mindestens ebenso von seinen Erkenntniswünschen ab wie von der gesicherten Quellenbasis seines Urteils.

Was also verheißt der große Gestus, dass in der Präambel die Wahrheit geopfert werde, was wird eigentlich »beiseite geworfen«, wie ein Schreibkollektiv aus dem Marxistischen Forum klagt? Immerhin werden die historischen Präambel-Sätze für eine Mischung von Wahrem, Diskussionsbedürftigem und Falschem gehalten. Was jedoch weiß man besser und nennt man wie? Welche anderen Aussagen wünscht man? Die konzentrierte Aneinanderreihung von Brennpunkten der DDR-Geschichte in der Präambel ist zweifellos selektiv ausgerichtet auf die Probleme, welche die Beziehung zwischen SPD und PDS besonders nachhaltig belasten. Der Begriff der »Zwangsvereinigung« verengt die Aussagen auf die Bedrängnisse der SPD und ihrer Mitglieder und lässt den Einheitsdrang in ihr und in der KPD außer Acht – »unwahr« aber ist der Begriff »Zwang« keineswegs, erst recht nicht, zieht man den Aufbau der

»Partei neuen Typus« in Betracht. Das Urteil über den 17. Juni 1953 widerspricht nicht dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand. Dass der Mauerbau 1961 seinen Ausgang in der von der UdSSR im November 1958 initiierten erpresserischen diplomatischen Offensive nahm und Ulbricht schließlich auf einen Beschluss des Warschauer Paktes zur Grenzabriegelung hinarbeitete, um den Kollaps der DDR zu verhindern, dazu auch alle Konsequenzen für die Bürger in Kauf nahm und in der Tat ungewollt ein Symbol für das Herrschaftssystem in der DDR setzte – das ist schmerzlich, doch nicht erfunden. Über größere Zusammenhänge dieses Vorgangs selbst nachzudenken, bleibt unbeschadet und wünschenswert.

In der Tat kann gerade diese Zuspitzung auf Kurzaussagen zu klärenden Geschichtsdiskussionen in der PDS provozieren. Mancher scheint immer noch die »Einheit von Wissenschaft und Politik« zu assoziieren, bei der das, was politisch als »falsch« galt, auch wissenschaftlich so gewertet wurde. Nur: Diese Denkart behauptete eine Identität wissenschaftlichen und politischen Urteilens, die keinesfalls von vornherein gegeben ist, weil beide Bereiche unterschiedlichen Zwecken dienen: die Wissenschaft der Erkenntnis, die Politik dem herrschaftsorientierten und gesellschaftsgestaltenden praktischen Handeln. Doch nicht alles Erkannte muss praktisch zweckmäßig und machbar sein.

Der bekannte Historiker und Ko-Direktor des Zentrums für Zeithistorische Studien in Potsdam Christoph Kleßmann meinte zum Umgang mit der DDR-Geschichte in der Präambel: »Präambeln können nicht das harte Geschäft substanzieller Vereinbarungen und politischer Kompromisse ersetzen und bleiben zwangsläufig im Detail unbefriedigend. Geschichtswissenschaftliche und philologische Beckmesserei ist daher bei einem solchen politischen Präambel-Text wie diesem unangebracht. Die Koalition wird an ihren Taten gemessen. Dass sie sich auf dem besonders verminten Gelände der jüngsten gemeinsamen und getrennten Geschichte immerhin so weit zusammengerauft hat, wie der Text erkennen lässt, ist allemal ein wichtiger Anfang für den offenen und kritischen Umgang mit einer in Teilen der PDS immer noch verbreiteten verharmlosten Geschichte der »realsozialistischen« deutschen Diktatur.« (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Januar 2002)

Wie hier und in den Debatten in der SPD deutlich wird, ist auch für die Sozialdemokratie die Zusammenarbeit mit der PDS ein schmerzhafter Lernprozess. Der Koalitionsvertrag führte – wie zu hören war – auch in der SPD zu Parteiaustritten. Diese Sozialdemokraten fanden wohl nicht, wie in PDS-Kreisen kolportiert und im »Neuen Deutschland« nachzulesen, dass »das Geschichtsverständnis des Koalitionspartners (gemeint war die SPD) die Feder geführt hat«. Und in der Tat ist – wie Thomas Flierl zutreffend bemerkte – der Beschluss über die Errichtung eines Rosa-Luxemburg-Denkmal durch den Senat eine wichtige Lesehilfe für die Präambel. Wenn zu Recht eingefordert wird, dass auch die Sozialdemokratie kritisch mit ihrer Geschichte umgehen möge, dann hat nur der das Recht zu dieser Forderung, der schonungslos mit der Pervertierung der Ideen des Sozialismus und Kommunismus abrechnet. Es ist strittig, ob Geschichte klug für ein anderes Mal macht, ob es »Lehren« aus der Geschichte gibt. Eines sollte unstrittig sein: Gesellschaftliche emanzipatorische Veränderungen sind nur gemeinsam mit der Sozialdemokratie zu haben. Im Konsens wie im Dissens mit dem Blick auf dieses Ziel.

Die Leipziger Autoren sind Historiker. Dr. Wurl ist ständiger Gast der Historischen Kommission beim Parteivorstand, Prof. Kinner ist Mitglied des Sprecherrats der Kommission

Präambel der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD Berlin und der PDS Berlin für die Legislaturperiode 2001 bis 2006 (Auszüge)

I.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts muss die Berliner Politik die großen Zukunftschancen ergreifen, die aus der 1990 wieder gewonnenen Einheit der Stadt in Freiheit und ihrer neuen Rolle als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland erwachsen sind. Unabdingbare Voraussetzungen dafür sind die Zusammenführung aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte unserer Stadt, die Nutzung und Akzeptanz des Erfahrungsschatzes der Menschen, das Aufgreifen ihres vielfältigen ökonomischen, kulturellen und sozialen Engagements und ihrer Kreativität, die Berlin wie kaum eine andere deutsche Stadt auszeichnen. Die Koalition lädt alle ein, ihren Beitrag zu leisten - im Wissen um die Geschichte und in Verantwortung für die Zukunft Berlins.

Die Koalition unterstreicht ihre Absicht, Politik für das ganze Berlin zu gestalten. Sie will die unterschiedlichen Biografien der Berlinerinnen und Berliner in der über Jahrzehnte geteilten Stadt und die Ideen und Anschauungen derjenigen, die erst seit dem Fall der Mauer in Berlin wohnen und arbeiten, zusammenführen und fruchtbar machen. Die Metropole Berlin bleibt in jeder Beziehung eine Werkstatt der Einheit und erfüllt damit eine Aufgabe für ganz Deutschland. SPD und PDS sehen sich in der Verantwortung, nach der Herstellung der staatlichen Einheit die innere Einheit Berlins weiter zu gestalten. (...)

III.

Eine Politik für die Einheit Berlins kann nur erfolgreich sein, wenn sie die Geschichte der Stadt im Alltagslebender Menschen wach hält und sich ihrer historischen Verantwortung bewusst bleibt. (...)

IV.

Zwölf Jahre nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit bilden SPD und PDS in Berlin eine Koalition, wissend um die zahlreichen Belastungen und Schicksale aus der Zeit der Teilung der Stadt, deren Gründe und Folgen jede Politik für Berlin zu berücksichtigen hat. Vielen Menschen in Ost und West ist die leidvolle Teilung bis heute in schrecklicher Erinnerung.

Die 1961 von der DDR und der Sowjetunion errichtete Mauer vollendete und zementierte die Teilung und die Einordnung der Stadthälften in politisch gegensätzliche Systeme. Die Berliner Mauer wurde aber nicht nur weltweit zum Symbol der Blockkonfrontation und des Kalten Krieges, sondern vor allem zu einem Symbol für Totalitarismus und Menschenverachtung. Die Schüsse an der Berliner Mauer haben schweres Leid und Tod über viele Menschen gebracht. Sie waren Ausdruck eines Regimes, das zur eigenen Machtsicherung sogar das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit missachtete. Die Mauer durch Berlin, das unmenschliche Grenzregime mitten in Deutschland haben Familien und Freunde auseinander gerissen. Wenn auch der Kalte Krieg von beiden Seiten geführt wurde, die Verantwortung für dieses Leid lag ausschließlich bei den Machthabern in Ost-Berlin und Moskau.

Wenn SPD und PDS jetzt eine Koalition eingehen, so sind sie sich der Verantwortung bewusst, die mit diesem Schritt verbunden ist. Die Erfahrung des Sieges des Faschismus über die gespaltene Arbeiterbewegung führte in Teilen der Mitgliedschaft von SPD und KPD nach 1945 zum Wunsch nach Vereinigung. Dieser Wunsch wurde missbraucht zu einer Zwangsvereinigung, ohne freie Entscheidung insbesondere der Mitglieder der SPD, die sich im Westteil der Stadt in einer Urabstimmung gegen die Vereinigung aussprachen und im Ostteil an der freien Abstimmung gehindert wurden. Von vornherein beabsichtigte die KPD-Führung, nach der Vereinigung alles

sozialdemokratische Gedankengut aus der SED zu verbannen. Für die Verfolgung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und anderen Teilen der demokratischen Opposition, für deren Inhaftierung unter menschenunwürdigen Bedingungen bis hin zum Tod und für die Hinrichtungen Andersdenkender trägt die SED eine bleibende Schuld.

Zusammen mit den damaligen Entscheidungsträgern in der Sowjetunion ist sie verantwortlich für die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953, den Mauerbau und zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, mithin für das Fehlen grundlegender demokratischer und Freiheitsrechte in der DDR.

Vor diesem Hintergrund sieht die Koalition ein großes historisches Verdienst darin, das sich die Ostdeutschen aus dieser Unterdrückung selbst befreit haben.

Die Distanzierung der PDS von den Unrechtstaten der SED und dem Mauerbau waren wichtige Schritte zur Aufarbeitung der unheilvollen Geschichte der SED. Es waren wichtige Schritte im Prozess der notwendigen Erneuerung der PDS. SPD und PDS bekennen sich im Wissen um das Trennende aus der Geschichte dazu, dass die Vergangenheit nicht auf Dauer die Zukunft beherrschen darf. Dies kann aber nur gelingen, wenn nicht verdrängt und vertuscht wird. Der offene Umgang mit den Verbrechen an der Demokratie und den individuellen Rechten, die Übernahme von Verantwortung sowie der Respekt vor den Opfern sowie die Bewahrung ihres Andenkens sind Voraussetzungen für Versöhnung und innere Einheit. Sie sind auch Voraussetzungen dieser Koalition.

V.

SPD und PDS anerkennen die großen Leistungen, die im Einigungsprozess bisher, insbesondere von den Menschen aus dem ehemaligen Ostteil der Stadt vollbracht wurden. Voraussetzungen für die Vollendung der inneren Einheit ist die Herstellung von Chancengleichheit zwischen Ost und West, ein höherer gegenseitiger Respekt für die im jeweiligen Teil Berlins gelebten Biografien, auch für die von den Menschen in der DDR erbrachten sozialen und kulturellen Leistungen. Über Manches davon wurde in den vergangenen Jahren zu schnell und zu geringschätzig hinweggegangen.

Nur in der Arbeit aller an einer guten Zukunft Berlins kann das Zusammenwachsen gelingen. In der Einheit und in der Vielfalt liegt unsere Stärke. (...)

VIII.

Die Koalition legt mit dieser Vereinbarung den politischen Grundstein für die Entwicklung Berlins zu einer leistungsfähigen und attraktiven Metropole an der früheren Demarkationslinie der einstigen Blöcke. Berlin ist durch seine geographische Lage in der Mitte Europas Bindeglied zwischen West und Ost. Als westlichste Stadt des Ostens und als östlichste Stadt des Westens kann Berlin seine Erfahrungen aus der Zeit der Teilung und der Wiederherstellung der Einheit der Stadt produktiv für sich und ganz Deutschland nutzen. Die Koalition will diesen Standortvorteil ausbauen und Berlin zu einem Zentrum der Integration Europas machen.

Berlin ist als Metropole in der Region Berlin-Brandenburg Motor und Garant der kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Koalition will daher alle Anstrengungen unternehmen, um die Fusion der Länder Berlin und Brandenburg noch in diesem Jahrzehnt zu vollziehen.

Ein gemeinsames Land wird eine starke Rolle im föderalen Deutschland und in der Mitte Europas spielen. (...)

Erklärung zum 40. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer

Zum 40. Jahrestages des Baus der Berliner Mauer erklären die Landesvorsitzende Petra Pau und die Fraktionsvorsitzenden Carola Freundl und Harald Wolf der PDS-Berlin (10. August 2001):

Die Vielzahl der Diskussionsbeiträge zum 40. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer dokumentiert die Notwendigkeit politischer und wissenschaftlicher Aufarbeitung dieses dunklen Kapitels deutscher Geschichte. Es wird Aufgabe der Historiker bleiben, den Bau der Berliner Mauer durch die Staatsführung der DDR am 13. August 1961 zu erklären und ihn als Ergebnis von Blockkonfrontation und Kaltem Krieg zu rekonstruieren.

Die Pflicht der PDS ist es, die Mauer unter Anlage demokratisch-sozialistischer Maßstäbe zu bewerten und Schlussfolgerungen zu ziehen.

Das politische Urteil fällt vernichtend aus. Die Mauer hat das Volk der DDR elementarer Menschenrechte beraubt. Sie hat Familien zerrissen, Freundschaften zerstört. Sie hat kulturelle und intellektuelle Entwicklung eingeschränkt. Sie hat vielen Menschen, die sich dem staatssozialistischen Modell durch Flucht entziehen wollten, Gefängnis, Verletzung oder sogar den Tod gebracht.

Dafür gibt es keine Rechtfertigung, weder politisch noch moralisch oder historisch. Die Mauer steht für das Scheitern des DDR-Staatssozialismus und sie beinhaltet den politischen Imperativ, Demokratie und Menschenrechte zur obersten Richtschnur gesellschaftlicher und politischer Entwicklung zu machen.

Deshalb hat die Partei des demokratischen Sozialismus unwiderruflich mit dem Stalinismus der DDR gebrochen. Wir bedauern das von der SED zu verantwortende Unrecht. Ein Staat, der sein Volk einsperrt, ist weder demokratisch noch sozialistisch, diese Lehre aus dem 13. August 1961 ist für die PDS unumstößlich.

Der 40. Jahrestag des Mauerbaus ist vor allem ein Tag des Gedenkens an die Opfer - die Toten, die Verletzten, die Inhaftierten. Ihnen und ihren Angehörigen gilt unser Versprechen, alles in unseren Kräften stehende zu tun, um Demokratie und Menschenrechte zu stärken.

Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit

**Erklärung des Parteivorstandes der PDS zum 13. August 2001
(13. Juli 2001):**

Die Mauer wirft noch immer Schatten

Kein Ereignis der Nachkriegsgeschichte hat die Deutschen und vor allem die Berlinerinnen und Berliner in Ost und West so traumatisch begleitet wie der Bau der Mauer am 13. August 1961. Die im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges vollzogene Teilung Deutschlands wurde wortwörtlich zementiert. Das inhumane Grenzregime, die Toten an der Mauer und den anderen Westgrenzen, wurde zum Kainsmal der DDR und des Ostblocks. Mit der Öffnung der Mauer am 9. November 1989 fand die Blockkonfrontation ihr Ende, wurde das Tor zur deutschen Einigung und zur Überwindung der bipolaren Nachkriegsordnung aufgestoßen.

Zu Recht werden wir in diesen Tagen nach unserem Verhältnis zum 13. August 1961 und zum 17. Juni 1953 gefragt. So wie wir vor einigen Wochen nach unserer heutigen Position zur Vereinigung von KPD und SPD im Jahr 1946 gefragt wurden.

Die Geschichtsdebatte begleitet die PDS seit ihrem Bruch mit der SED im Dezember 1989. An unseren Antworten zu Fragen der Geschichte wollen und sollen die Menschen ersehen, inwieweit wir uns von der SED-Vergangenheit gelöst haben und zu einer kritisch mit der eigenen Geschichte umgehenden, demokratisch und rechtsstaatlich verlässlichen Partei entwickelt haben.

Geschichtsdebatten dürfen keine kurzatmigen Manöver zum parteitaktischen Vorteil sein. Die immer wieder an die PDS herangetragene Aufforderung zur Entschuldigung für das von der SED begangene Unrecht verfolgt allerdings genau dieses taktische Kalkül: indem sich die PDS entschuldigte, bezeugte sie ihre vermeintliche Kontinuität als SED - indem sie es nicht täte, umso mehr.

Tatsächlich geht es einerseits um die historische Aufarbeitung und andererseits um die deutliche politische Wertung aufgrund heutiger Erfahrungen und Erkenntnisse. Dabei fallen Biographien, historische Erklärung und politische Wertung nie unmittelbar zusammen.

Den 13. August 1961 aus der Geschichte zu erklären, darf nicht heißen, die Mauer politisch oder moralisch zu rechtfertigen

Der Parteivorstand hat mit Interesse die Thesen der Historischen Kommission aus Anlass des 40. Jahrestages des 13. August 1961 zur Kenntnis genommen.

Darin werden sehr detailliert historische Umstände und Folgen des Mauerbaus dargestellt. Die Schließung der Sektorengrenze zu West-Berlin am 13. August 1961 lag in der Logik der damaligen weltpolitischen Entwicklungen. Die Mauer war die Antwort auf den drohenden Exodus der DDR und entsprach dem in der Berlin-Krise gefundenen Arrangement der Großmächte über die anhaltende Aufteilung der Welt bei Vermeidung eines neuen Weltkrieges. Der 13. August 1961 setzte den Schlussstein unter die Nachkriegsordnung und verfestigte die im Resultat des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges eingeleitete Aufteilung der Welt. Sie sicherte der Sowjetunion ihre Einflussphäre bis nach Deutschland hinein, und schützte sie nach ihrem Verständnis vor einem erneuten deutschen Überfall wie im Jahre 1941.

Die Tatsachen, dass Konrad Adenauer lieber "das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb" beehrte, dass es zweifellos vom Westen her damals eine propagandistische und ökonomische Offensive gegen die DDR gab, taugen schon deshalb nicht zur Rechtfertigung der Mauer, weil es keine logische Begründung dafür gibt, dass ein kapitalistischer Staat verpflichtet sein könnte, einem sich sozialistisch nennenden zu helfen und nicht ihn zu bekämpfen.

Der Mauerbau war der in Beton gegossene Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyps in der DDR gegenüber dem realen damaligen Kapitalismustyp in der Bundesrepublik.

Was sich der Westen vorwerfen lassen muss, ist vor allem die Tatsache, dass er keine Verständigung in der festgefahrenen Deutschlandpolitik zustande brachte und nicht bereit war, die Realität der DDR vor dem Mauerbau, sondern erst durch ihn und nach ihm anzuerkennen. Die von Willy Brandt eingeleitete Entspannungspolitik, der Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten sowie das Abkommen von Helsinki hatten damit zu tun, dass der Westen der Mauerrealität nicht mehr ausweichen konnte.

Tatsache ist jedoch: Die Errichtung der Berliner Mauer war keine Lösung, um die Existenz der DDR zu retten. Internationale Konflikteindämmung und Machterhalt der SED-Führung erfolgten auf Kosten der Freiheit der eingemauerten Bevölkerung der DDR.

Als demokratische Sozialistinnen und Sozialisten und mit dem Blick auf das endgültige Scheitern des Staatssozialismus können wir den damaligen Rettungsversuch der DDR durch die Mauer nicht rechtfertigen. Die Logik des Kalten Krieges ist nicht die Logik demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten, denn der Preis für diese Art der Rettung der DDR war die endlos aufgeschobene und nie eingelöste Demokratisierung der Gesellschaft, die Akzeptanz und Gewöhnung an beachtliche Einschränkungen individueller Freiheitsrechte.

Die Mauer war weder demokratisch noch sozialistisch

Unterstellt, dass 1961 in Berlin nicht nur über und schon gar nicht allein durch die DDR entschieden wurde, unterstellt, dass seinerzeit nicht nur eine weitere Ausreisewelle die DDR belastete, sondern ein System-Krieg noch immer politisch-strategisch als denkbar galt - ist aus demokratisch-sozialistischer Sicht nicht zu verstehen, dass nicht wenigstens nach dem Mauerbau auch von östlicher Seite offensiv Politik gegen die Mauer gemacht wurde.

Statt alles zu tun, die inhumane Mauer schnellstmöglich wieder abzubauen, hat die SED die eigenen zaghaften Reformbemühungen bald wieder eingestellt, enthielt sie der DDR-Bevölkerung den Vergleich der Gesellschaftssysteme durch eigene Anschauung der Welt vor, gewöhnte sie sich daran, nur in der eigenen Welt zu leben, richtete sie sich im Schatten der Mauer ein. Statt das Bedauern über die Einschränkungen zu bekunden, wurde der Mauerbau als Sieg gefeiert, wurde versucht die Mauer zu verewigen.

Der permanente Ausnahmezustand an den Grenzen und der Ausbau der Grenzsicherungsanlagen in den darauf folgenden Jahrzehnten entsprach auch und vor allem der Logik des Machtverständnisses und der Sicherheitsdoktrin der Führungen von KPdSU und SED.

Die Mauer verfestigte den Kalten Krieg insbesondere nach innen. Auch die letzte Chance, die Mauer im Rahmen des KSZE-Prozesses der 70er und 80er Jahre loszuwerden, verspielte die SED-Führung. Der Sozialismus in den Mauern der DDR verlor auch für Linke jede Anziehungskraft.

Als im Sommer 1989 Hunderttausende die DDR verließen, hatte Erich Honecker gerade den vielzitierten Satz gesprochen: "Die Mauer wird in 50 Jahren und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind." Er sprach ihn in Richtung Westen, doch im Osten entfaltete er seine Wirkung.

An der bitteren Einsicht, dass der Staatssozialismus in der DDR am Ende war, als die Mauer gebaut wurde und es kein Konzept zu ihrer Überwindung gab, führt kein Weg vorbei. Die Bevölkerung der DDR war zum Bau der Mauer und zu ihrer Fortexistenz nie gefragt worden. Die Mauer wurde so zum Symbol des Demokratiedefizits in der DDR. Bürgerrechte, wie Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Reisefreiheit, waren zentrale Forderungen der späten 80er Jahre an eine DDR, die sich demokratisieren sollte. Dass in diesem Kontext die Mauer friedlich fiel und dass es in diesem historischen Moment keine verzweifelte letzte Staats-Gewalt gab, bleibt ein breit getragenes demokratisches Merk-Mal. Als die Grenzen geöffnet waren, wählten die Menschen den bis dahin gekannten Sozialismus ab.

Sozialismus gedeiht eben nicht als Befehlssystem, nicht unter Bajonetten, nicht im Schatten von Panzern, nicht hinter Mauern. Ein Staat, der sein Volk einsperrt, ist weder demokratisch noch sozialistisch. Was immer die konkreten, historischen Umstände waren, die zu dem Ereignis am 13. August 1961 führten - diese Lehre ist für die PDS unumstößlich.

Kein Staat darf seine Bürgerinnen und Bürger zwingen in ihm zu leben, wenn sie es nicht wollen. Jede und Jeder hat nur ein Leben und muss selbstbestimmt entscheiden können, wo sie oder er es verbringt.

Es gibt keine Rechtfertigung für die Toten an der Mauer

Kein Ideal und kein höherer Zweck kann das mit der Mauer verbundene Unrecht, die systematische Einschränkung der Freizügigkeit und die Gefahr für Freiheit sowie an Leib und Leben, beim Versuch das Land dennoch verlassen zu wollen, politisch rechtfertigen. Auch wegen historischer Umstände vorgenommene Menschenrechtsverletzungen bleiben elementare Menschenrechtsverletzungen.

Am 40. Jahrestag des 13. August 1961 gilt deshalb unser Gedenken den an der deutsch-deutschen Grenze zu Tode Gekommenen, den Verletzten, den Inhaftierten und von Repressalien Betroffenen sowie ihren Angehörigen. Wir bedauern das von der SED als der dafür verantwortlichen politischen Kraft ausgegangene Unrecht. Das Schicksal der Opfer und die Einschränkungen der Würde und der Lebenswege vieler Menschen berühren uns tief.

Im Schatten der Mauer verschwanden die Horizonte

Die politische Teilung und die Ost-West-Konfrontation hat Langzeitwirkungen, die wir auch heute noch spüren. So schwer es war, sich mit der Mauer abzufinden, so schwer fällt es heute vielen zu begreifen, dass es sie tatsächlich nicht mehr gibt. Deshalb muss die Überwindung der Mauer in den Köpfen die Erfahrungen beider Seiten aufnehmen.

Der Sozialismus, für den wir eintreten, gründet auf den Werten von Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Die Menschen, die wir erreichen wollen, müssen auf unsere sozialistischen Ideale, Werte, Bestrebungen vertrauen - und deswegen sicher sein können, dass sich die negativen Seiten des so genannten real existierenden Sozialismus mit uns niemals wiederholen werden.

Wir sind eine sozialistische politische Partei, die sich zu Demokratie und Pluralismus bekennt. Wir wissen, dass gerade die Freiheit der Einzelnen Voraussetzung der Freiheit aller ist - weil wir eine dauerhafte, von den Menschen getragene Alternative zur kapitalistischen Gegenwart wollen, keine staatssozialistische Episode wie im 20. Jahrhundert.

Der Streit um das rechte Maß und die rechte Qualität von Freiheit, der Streit um die besten Verhältnisse zur Beförderung eines Lebens in Menschenwürde kann selbst nur in Freiheit und Menschenwürde geführt werden oder er erstickt.

Die PDS hat sich vom Stalinismus der SED unwiderruflich befreit.

Erklärung des Parteivorstandes zum Mauerbau begrüßt

Anlässlich der Erklärung des Parteivorstandes zum 13. August erklärte der Landesvorsitzende der PDS Brandenburg, Ralf Christoffers am 13. Juli 2001:

Die Erklärung des Parteivorstandes begrüße ich ausdrücklich. Sie knüpft an die historische Debatte in der PDS an, die wir nicht erst seit diesem Jahr führen, sondern mehr oder weniger intensiv seit dem Sonderparteitag.

Der Mauerbau ist nicht zu entschuldigen, weil eine Entschuldigung das Problem nicht lösen würde: alle Opfer an der Mauer sind durch nichts zu rechtfertigen, auch nicht durch eine Systemauseinandersetzung. Ein Konzept, das eine Gesellschaft abschottet und Grundrechte einschränkt, ist undemokratisch. Ich distanzieren mich davon. Ausgehend von dieser Grundüberzeugung, befürworte ich eine Diskussion über die Situation der Auseinandersetzung der beiden Großmächte in der Zeit von 1958 bis 1963. Diese Diskussion kann aber nicht als Rechtfertigung eines Konzeptes dienen, Freiheitsrechte einzuschränken und das Grenzregime als ein Disziplinierungssystem nach innen über 28 Jahre aufrecht zu erhalten.

Dabei ist für mich die Feststellung bedeutsam, dass mit einer historischen und politischen Erklärung, die versucht, gesellschaftliche Abläufe zu bewerten, keine Wertung bzw. Abwertung individueller Lebensbiografien verbunden sein kann.

Anmerkungen zu einem Delegitimationspapier

Stellungnahme des Bundeskoordinierungsrates der Kommunistischen Plattform zur Erklärung des Parteivorstands der PDS zum 13. August (13. Juli 2001)

Dass die Mauer existierte, macht - geht es nach der Erklärung des PDS-Parteivorstandes zum 13. August 2001 - diejenigen, die sie auf sozialistischer Seite zu verantworten hatten, für alle Zeiten zu Geächteten und Verfemten. Die Verantwortung der Antisozialisten, besonders der Nato, ist kaum einer Erwähnung wert. Vergessen Ernst Reuters Parole: "Berlin ist die billigste Atombombe".

Es ist politisch in Mode gekommen, Ereignisse der Vergangenheit von den historischen Bedingungen "abzutrennen", unter denen sie stattfanden und sie dann ahistorisch-abstrakten Bewertungen zu unterziehen. Wer auf historische Zusammenhänge verweist, setzt sich sogleich dem Vorwurf aus, er wolle relativieren - nach dem Motto: wo gehobelt wird, fallen Späne. Unsere Philosophie ist das nicht. Auch wir bedauern jeden Toten an der Staatsgrenze der DDR, die ermordeten Grenzsoldaten eingeschlossen.

Doch für uns ergibt sich aus diesem Bedauern nicht, Zusammenhänge auszublenden. Die Errichtung der Mauer war von tiefer Tragik gezeichnet: einerseits konnte die DDR zunächst ohne sie nicht mehr existieren. Andererseits aber machte die Mauer die DDR durchaus auch instabiler, weil viele DDR-Bürger diese als einen Misstrauensbeweis empfanden. Es gab viele, bis heute umstrittene Gründe dafür, warum es die DDR nicht mehr gibt. Einer war sicherlich, dass wir die Mauer benötigten. Es ist - gelinde gesagt - unredlich, über die negativen Folgen der Mauer zu reden und zu verschweigen, wer die Situation maßgeblich mit herbeigeführt hat, die ihre Errichtung zu einer Existenzfrage für die DDR und für die Erhaltung des Friedens, zumindest in Europa, machte.

Die DDR blutete aus, nicht in erster Linie, weil es in ihr nicht auszuhalten war. War es denn in der damaligen Bundesrepublik so gut auszuhalten, in der die alten Nazis wieder zu Ehren und Funktionen gelangten und die KPD verboten wurde? Im gültigen Parteiprogramm heißt es: "Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des Faschismus geschwächt und diskreditiert war". Wird das Parteiprogramm schon vor dem Dresdner Parteitag nicht mehr ernst genommen? Was stimmt denn nun? Die Formulierung des gültigen Programms oder jene in der Erklärung des Parteivorstandes: "Der Mauerbau war der in Beton gegossene Nachweis der Unterlegenheit des stalinistisch geprägten Sozialismustyp in der DDR gegenüber dem realen damaligen Kapitalismustyp in der Bundesrepublik."

Sicherlich verließ so mancher die DDR, weil ihm Unrecht geschehen war oder weil ihn Kleinlichkeiten zermürbten. Zur historischen Wahrheit gehört auch, dass nicht wenige dem Osten bereits in den ersten Nachkriegsjahren den Rücken kehrten, weil sie sich als gewesene Nazijuristen oder SS-Leute in der Bundesrepublik sicherer fühlten. Die meisten, welche die DDR verließen, hofften nicht ohne Grund auf ein materiell besseres Leben im Westen. Die Reparationen an die Sowjetunion brachte der Osten auf, und der Westen erhielt Marshallplanhilfe. Unendlich viel ließe sich sagen - über Sabotage, Abwerbungen, Schmuggel, Grenzgänger und die, jede Wirtschaft kaputt machenden Wechselkurse, über Westberlin als Spionagezentrale und Schauwindower des reicheren Kapitalismus. In dem Sinne waren wir wirklich unterlegen. All das wissen auch die Verfasser der Vorstandserklärung. Tut nichts. "Sozialismus gedeiht eben nicht als Befehlssystem, nicht unter Bajonetten, nicht im Schatten von Panzern, nicht hinter Mauern. Ein Staat, der sein Volk einsperrt, ist weder demokratisch noch sozialistisch." Man könnte denken, von Pinochets Chile sei die Rede!

Worum geht es unserer Meinung nach? Nicht um Geschichte. Schon gar nicht um schmerzhaftes Analyse. Es geht um etwas anderes: Die PDS wird salonfähig, wenn sie sich an der Delegitimierung der DDR beteiligt. Die Erklärung des Parteivorstandes zum 13. August 2001 ist ein Delegitimationspapier. Es ist ein offener Bruch mit dem geltenden Parteiprogramm und macht unverhohlen deutlich, wohin der programmatische Richtungswechsel gehen soll. Offenkundig ist es den Verfassern dieses Papiers gleichgültig, wie große Teile der Basis über die Erklärung denken. Müntefering jedenfalls hat sie gelobt. Das scheint wichtiger zu sein. Die Gründe für das Vorgehen der Vorstandsmehrheit liegen auf der Hand. Es geht um Wahltaktik, um Ankommen. Austritte werden - mindestens - billigend in Kauf genommen. Man kann die führenden Genossinnen und Genossen nur auffordern, einzuhalten. Dieser Kurs zerstört die Partei.

Zum 40. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer

Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS (6. Juli 2001)

Die Ereignisse des August 1961 haben sich tief in die Erinnerung der Zeitgenossen eingegraben. Ihre Nachwirkungen sind bis heute deutlich zu spüren. Rechtfertigung und Stigmatisierung bestimmen nach wie vor die Auseinandersetzung. Die spektakulären Grenzsicherungsmaßnahmen galten den einen als unumgänglicher Akt der Friedenssicherung, den anderen als endgültiger Vollzug der Spaltung Deutschlands. Für Tausende von Menschen bedeutete die hermetische Abriegelung der Grenzen die jahrelange Trennung von Familienangehörigen und eine unzumutbare Beschränkung der Freizügigkeit. Die Berliner Mauer war ein Ergebnis der Blockkonfrontation im Kalten Krieg. Die Opfer dieses Grenzregimes sind jedoch mit dem Verweis auf internationale Rahmenbedingungen und Sicherheitskonzepte keinesfalls zu rechtfertigen. Menschliches Leid verlangt Respekt und Nachdenklichkeit.

Obwohl die historische Forschung Hintergründe, Zusammenhänge und Wirkungen des 13. August 1961 hinreichend untersucht und beschrieben hat, verharren Politik und Medien weiter in lieb gewordenen Klischees. Notwendig ist aber eine sachkundige und kritische Auseinandersetzung mit diesem Ereignis, seinen Ursachen und Folgen.

Am 13. August 1961 um 1.05 Uhr erloschen am Brandenburger Tor die Lichter, Grenzpolizisten und Betriebskampfgruppen zogen auf, blieben auf den Zentimeter genau an der Sektorengrenze stehen, stellten spanische Reiter auf und errichteten Stacheldrahtbarrieren. Einheiten der Grenz- und Volkspolizei, Angehörige der Kampfgruppen, des Ministeriums für Staatssicherheit, der Transportpolizei, des Amtes für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs und des Luftschutzes sowie zwei Motorschützendivisionen der Nationalen Volksarmee (NVA) als zweite Sicherungsstaffel - unterstützt von in Alarmstufe 1 versetzten Einheiten der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) - erfüllten die ihnen gestellten Aufgaben. Die Männer verstanden dies als Friedensmission und Schutz ihrer Heimat. In wenigen Stunden wurden 45 Kilometer Sektorengrenze in Berlin sowie 160 Kilometer Grenze zum Umland von Berlin-West abgeriegelt, der S-, U- und Straßenbahnverkehr unterbrochen, Straßen in der Stadt aufgerissen. Gegen 6 Uhr war die Operation beendet. Am Morgen konnten die Bürger in der Presse den Entschluss der Staaten des Warschauer Vertrages lesen, "an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und... eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird".

Der 13. August hatte jedoch die deutsche Teilung nicht verursacht. Sie wurde auch nicht erst an diesem Tag vollzogen. Die Spaltung Deutschlands war die selbstverschuldete Folge des vom Deutschen Reich vom Zaune gebrochenen Zweiten Weltkrieges. Sie wurde durch die Besatzungsmächte im Zusammenspiel mit deutschen Politikern während des Kalten Krieges Schritt für Schritt vorangetrieben.

Vom 13. August an blieb das letzte, fast problemlos zu passierende "Schlupfloch" in den Westen via Berlin-West verschlossen. Stacheldraht und eine wachsende Mauer teilten die Stadt. Grenzdurchbrüche und der erste tödliche Schuss folgten wenige Tage später. Die Westberliner sahen sich regelrecht eingemauert. Selbst der Wochenendausflug wurde zum Problem. Empörung, Erbitterung und ein Gefühl der Ohnmacht prägten die Stimmung. Familiäre, kollegiale und freundschaftliche Verbindungen vieler Berliner waren gekappt worden. Mehrere Jahre lang bestanden keine Möglichkeiten, den Ostteil der Stadt zu besuchen. Von der DDR in Berlin-West eingerichtete Passierscheinbüros mussten auf westalliierte Anordnung im August 1961 sofort wieder schließen. Erst im Dezember 1963 unterzeichneten bevollmächtigte Vertreter der Regierung der DDR und des Senats von Berlin-West ein Passierscheinabkommen.

Mit den Maßnahmen zum 13. August wollte die Partei- und Staatsführung in einer Art Befreiungsschlag mit nicht mehr beherrschbaren Schwierigkeiten fertig werden. Was als Sieg gefeiert wurde, war in Wahrheit eine schwere Niederlage in der Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden. Es erwies sich als unmöglich, die Abwanderung von Bürgerinnen und Bürgern mit anderen Mitteln einzudämmen. Unter ungleich schwierigeren Voraussetzungen konnte die DDR zunächst auf bemerkenswerte Aufbauleistungen verweisen. Bis in die frühen fünfziger Jahre unterschied sich der durchschnittliche Lebensstandard kaum von dem der Bundesrepublik. Doch Kampagnen, die Bauern und Handwerker in die Genossenschaften nötigen sollten, eine wiederholt schikanöse Behandlung gläubiger Christen, die Repressalien gegen kritische Intellektuelle und letztlich die fortwährende Verweigerung politischer Grundrechte machten vielen Bürgerinnen und Bürgern das Leben in der DDR unerträglich. Dem westdeutschen Wirtschaftswunder konnte die DDR auf Dauer nichts gleichwertiges entgegensetzen. Das 1958 verkündete Ziel, im Pro-Kopf-Verbrauch aller wichtigen Lebensmittel und Konsumgüter mit der BRD gleichzuziehen, erwies sich als illusionär. Der Einfluss von Berlin-West, das sich selbst als "Frontstadt" und "Pfahl im Fleische der DDR" definierte und als Basis für Geheimdienste sowie als Schaufenster und Brückenkopf für Warenschmuggel und Währungsgeschäfte fungierte, machte sich immer stärker bemerkbar. Von 1956 bis zum Sommer 1961 verlor die DDR anderthalb Millionen Menschen. Nicht zum Schutz gegen einen angeblich drohenden Einmarsch der Bundeswehr, sondern gegen den Exodus der eigenen Bürger wurde ein Wall gebraucht. Chruschtschow gegenüber leistete Ulbricht den Offenbarungseid: Bei weiterhin offener Grenze ist der "Zusammenbruch unvermeidlich". Doch stand eine Selbstaufgabe der DDR nicht zur Debatte - und schon gar nicht zur Disposition deutscher Politiker, denn die DDR war "der westliche Vorposten des sozialistischen Lagers", wie Anastas Mikojan, der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR, feststellte.

Im November 1958 hatte die Sowjetunion die Westmächte dazu aufgefordert, in Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit Deutschland einzutreten, der zum Abzug der Siegermächte aus Berlin führen sollte. Notfalls, so hieß es aus Moskau, würde die Sowjetunion allein einen solchen Vertrag mit der DDR abschließen und den Vier-Mächte-Status Berlins liquidieren. Der durch das sowjetische Ultimatum abermals verschärfte Ost-West-Konflikt verstärkte auch die Verunsicherung in der DDR und gab der Republikflucht zusätzlichen Auftrieb.

Am 3. und 4. Juni 1961 trafen sich Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy in Wien. Es kam zur Konfrontation gegensätzlicher Standpunkte. Beide Staatsmänner gaben zu verstehen: "Bis hierher und nicht weiter!" Kennedy fixierte Essentials der USA: Weitere Präsenz der Westmächte in Berlin-West und freier Zugang für sie. Beide Staatsmänner bekundeten ihren Willen zum Frieden und schieden mit der wechselseitigen Drohung, notfalls militärische Gewalt anzuwenden. Westliche Notfallpläne gingen nun bis zum Einsatz atomarer Waffen.

Die endgültige Entscheidung für die Sperrmaßnahmen der DDR trafen die Partei- und Regierungschefs der Staaten des Warschauer Vertrages Anfang August 1961 in Moskau. Im Stab von Kennedy war man sich nach dem 13. darüber einig, dass die Berliner Mauer "unmoralisch und unmenschlich" ist, aber "dennoch keinen Kriegsgrund" darstellt. Das entsprach dem damaligen Kräfteverhältnis. Die Mauer fixierte den Status quo in Europa, an dessen Erhalt beide Seiten zunächst interessiert waren, und trug so zur Stabilisierung der weltpolitischen Lage und zur Friedenssicherung bei. Insofern eröffnete der Mauerbau Möglichkeiten der Entspannung unter den Bedingungen des fortdauernden Kalten Krieges. Es wuchs die Einsicht, dass die neue Situation nicht gewaltsam zu verändern war. Auf dieser Basis konnte eine schrittweise Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen angebahnt werden. Zugleich drehte sich die Spirale der Hochrüstung auf beiden Seiten weiter.

Nach dem 13. August wurde die Grenze zügig pioniermäßig ausgebaut, die Grenzsicherung immer tiefer gestaffelt sowie die Grenzkreise um Berlin und an der Staatsgrenze zur BRD (hier bereits zum zweiten Male) "gesäubert". In einer geheimen Verschlussache vom September 1961 wies Marschall Konew, 1961/62 Oberkommandierender der GSSD, die "Errichtung eines strengen Grenzregimes" an sowie die Ausiedlungen, den technischen Ausbau in den "hauptsächlichen Grenzverletzerrichtungen" mit Drahtsperrn und Minenfeldern und die Präzisierung der Dienstanweisungen für die Anwendung von Waffengewalt an der Westgrenze. Mit der Umwandlung der Grenzpolizei in Grenztruppen (September 1961) und der Eingliederung der Berliner Grenzbrigaden (August 1962) in das Ministerium für Nationale Verteidigung wurde die Mauer-Grenze in die bereits seit 1952 nach sowjetischem Muster gestaltete und mit militärischen Mitteln gesicherte Staatsgrenze der DDR zur Bundesrepublik Deutschland integriert. Obwohl an der Mauer auf Minenfelder und Selbstschussgeräte verzichtet wurde, gehörte sie wie die Grenze zur Bundesrepublik zu einem besonderen militärischen Sperrgebiet, das "von der Führung der Sowjetunion als eine Grenze zwischen zwei sich feindlich gegenüberstehenden militärpolitischen Blöcken betrachtet und behandelt" wurde, wie Marschall Kulikow unlängst bestätigte. So waren an der Grenze zur Bundesrepublik 60 Prozent der sowjetischen Truppen in der DDR und 80 Prozent ihrer Großwaffensysteme stationiert.

Auf den Grenzsoldaten der NVA lastete eine hohe militärische und politische Verantwortung, aber auch ein moralischer Druck. Zehntausende DDR-Bürger versuchten Grenzdurchbrüche, die Mehrzahl von ihnen wurde festgenommen und verurteilt, Hunderte fanden den Tod, darunter auch Grenzsoldaten. Die Angehörigen der Grenztruppen unterlagen einer doppelten Kontrolle: durch ihre militärischen Vorgesetzten und durch Beauftragte der Staatssicherheit. Sie hatten sich für den Gebrauch wie für den Nichtgebrauch der Schusswaffe zu rechtfertigen. Umso höher sind die Umsicht und die Besonnenheit zu bewerten, die Kommandeure und Unterstellte während der sich überstürzenden Ereignisse bei der Maueröffnung im November 1989 bewiesen.

Im Windschatten der Mauer unternahm die SED Reformversuche zur inneren Stabilisierung der DDR. Kernstück war das Neue ökonomische System, das eine partielle Modernisierung ermöglichen sollte. Reformansätze scheiterten, weil die SED nicht mit stalinistischen Formen und Methoden grundsätzlich brach. Trotz der Grenzschließung hatte die SED immer noch eine gesamtdeutsche Perspektive, so dass schließlich auch deutsch-deutsche Gespräche auf Regierungsebene möglich wurden. Die internationale Anerkennung der DDR, das Vertragswerk der frühen siebziger Jahre, besonders das Vierseitige Abkommen über Berlin (September 1971) und der Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR (Dezember 1972) sowie der Helsinki-Prozess (1973-1975) boten Voraussetzungen, das Grenzregime zu humanisieren. Familienzusammenführungen und Rentnerreisen hätten zur umfassenden gesetzlichen Regelung der Aus- und Einreise aller DDR-Bürgerinnen und Bürger ausgebaut werden können und müssen. Doch fürchtete die Partei- und Staatsführung zu sehr um ihre Macht. Verinnerlichte Feindbilder und Parteidisziplin setzten die Masse der SED-Mitglieder außerstande, Verstößen gegen Bürger- und Menschenrechte, der Entartung des sozialistischen Gesellschaftsideals und den praktizierten Sicherheitsdoktrinen kritisch entgegenzutreten. Hierin liegt ihre Mitverantwortung.

Die Wirkungen des Mauerbaus waren innen- wie außenpolitisch ambivalent. Während Teile der DDR-Bevölkerung sich angesichts der alternativlosen Lage in "Nischen" zurückzogen bzw. anpassten und "einrichteten", hegten nicht Wenige die Hoffnung, der Sozialismus könne nun ohne Störungen von außen seine Vorzüge entfalten. Der Resignation und Verzweiflung stand eine Aufbruchsstimmung gegenüber, die ihren Niederschlag u. a. in der "Ankunftsliteratur" fand.

Außenpolitisch ebnete der Mauerbau indirekt den Weg zur internationalen Anerkennung der DDR und zu Verträgen, die das Verhältnis zwischen beiden Systemen schrittweise entkrampften. Der Schock vom August 1961 und die Kubakrise des folgenden Jahres machten beiden Supermächten deutlich, wo die Grenzen ihrer Macht und ihres Durchsetzungsvermögens lagen. Als "Jahrhundertbauwerk" deklariert, wurde die Mauer aber letztlich zu einem Kainsmal, das die DDR auf internationalem Parkett isolierte und die sozialistische Idee diskreditierte.

Die Mauer blieb bis 1989 stehen. Sie wurde mehr und mehr zum untrüglichen Indiz gesellschaftlicher Stagnation. Den erneuten massenhaften Ausbruch aus dem, was vielen Bürgerinnen und Bürgern, vor allem jüngeren, zum Gefängnis geworden war, konnte sie am Ende nicht mehr verhindern. Im Schatten der Mauer verkümmerte auch die Gesellschaft, die durch sie geschützt werden sollte.

Berlin, den 26. Juni 2001

(Diese Erklärung wurde von Wilfriede Otto vorbereitet, von der Historischen Kommission am 23. Juni beraten und vom Sprecherrat am 26. Juni 2001 verabschiedet.)

PDS wird Mauer als Unrecht bezeichnen – keine Entschuldigung

PDS-Parteivorsitzende Gabi Zimmer gegenüber dpa am 16. Juni 2001

Die PDS-Spitze wird nach Aussage der Parteivorsitzenden Gabi Zimmer das mit dem Bau der Berliner Mauer verbundene Unrecht klar verurteilen.

In der Erklärung des Parteivorstandes Anfang Juli zum 40. Jahrestag des Mauerbaus werde deutlich zum Ausdruck kommen, "dass es durch nichts zu rechtfertigen ist, dass die Freizügigkeit von Menschen eingeschränkt wurde und dass es zu Toten gekommen ist", sagte Zimmer in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur. "Dafür gibt es auch für die PDS im Nachgang keine Rechtfertigung. Das ist völlig unbestritten."

Der Parteivorstand werde sich aber nicht für den Mauerbau entschuldigen. "Ich teile die Auffassung, dass mit Ritualen von Entschuldigungen nichts geklärt ist. Es geht nicht darum, Abbitte zu leisten." Weit wichtiger ist die Auseinandersetzung mit der "historischen Hypothek" der Partei. Es müsse klar werden: "Eine bessere Gesellschaft kann man nicht durchsetzen, wenn man Demokratie und Menschenrechte verletzt und sich abschottet."

Zimmer stimmte damit mit der Auffassung ihres Parteivize Peter Porsch überein, der ebenfalls eine Entschuldigung der PDS für den Mauerbau für nicht sinnvoll ansieht. Wichtiger ist für Porsch, welche Konsequenzen daraus heute gezogen würden. Porsch war für seine Meinung von den anderen Parteien heftig kritisiert worden.

Nach Auffassung von Zimmer trägt ihre Meinung auch die PDS-Basis voll mit. "Wir haben eine unheimlich spannende Debatte in der Partei. Es wird sich schmerzhaft damit auseinander gesetzt, welche Erfahrungen die einzelnen gehabt hätten."

In das PDS-Programm soll nach Ansicht von Zimmer das Unrechtsurteil über die Mauer nicht hineingeschrieben werden. Wichtiger sei vielmehr, dass die PDS in ihrem Programm sich zu dem untrennbaren Zusammenhang zwischen Sozialismus, Freiheit und Demokratie bekennt. "Wenn wir das hinkriegen, dann ist das die beste Beschlussfassung, die man dazu treffen kann." Die Parteichefin will auch die Frage nach dem Unrechtsgehalt der Mauer von einer Bewertung der Umstände ihrer Errichtung trennen. "Es ist die eine Sache, wie etwas zu Stande gekommen ist. Da gibt es eine gewisse Nachvollziehbarkeit." "Die Aufteilung der Welt war schon vor dem 13. August vollzogen."

Nach Zimmers Ansicht ist verständlich, dass angesichts der Vorgänge in Berlin andere Parteien gespannt auf den Klärungsprozess in der PDS schauen. "Erwartungen kann jeder formulieren." Diese müssten auch ernst genommen werden. Die Debatte sei aber vor allem für die Partei selbst wichtig. "Wir führen die Debatte vielmehr deshalb, um andere Menschen von unseren Vorstellungen für eine andere Gesellschaft zu überzeugen. Diese dürfen nicht das Gefühl haben, dass es mit dieser PDS ein Zurück zur Einschränkung von Menschenrechten kommt. Ich sage ganz klar, mit der PDS wird es das nie mehr geben."

Opfer der Mauer durch nichts zu rechtfertigen – deshalb Lehren ziehen

Zur Diskussion um seinen Beitrag „Freizügigkeit ist die Lehre aus Mauerbau vor 40 Jahren“ sagte der Vorsitzende der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Prof. Dr. Peter Porsch (am 14. Juni 2001):

Es ist für mich immer schon eine Selbstverständlichkeit gewesen, dass die Opfer der Mauer durch nichts zu rechtfertigen sind, so wie alle Opfer von kalten oder heißen Kriegen und diese Kriege selbst. Gerade deshalb müssen wir eine schmerzhaft Debatte auch über den Mauerbau führen, die für die PDS besonders schmerzhaft ist. Aus dieser Debatte dürfen wir uns nicht durch eine Art Ablasshandel in Form einer Entschuldigung davonstellen.

Denn nur mit dieser Debatte können wir uns der Ursachen und historischen Bedingungen der Mauer und ihrer langen Lebensdauer bewusst werden. Mir liegt gerade angesichts der für Sachsen besonders bedeutenden bevorstehenden EU-Osterweiterung die Ermöglichung von Freizügigkeit sehr am Herzen. Wer Freizügigkeit will, muss sich um bestmögliche Bedingungen für Freizügigkeit kümmern. Nur wer weiß und schonungslos offen legt, warum und von wem Mauern gebaut oder zumindest geduldet wurden, kann dafür sorgen, dass es in Zukunft nie mehr Mauern geben wird.

Freizügigkeit ist die Lehre aus Mauerbau vor 40 Jahren

Erklärung des Vorsitzenden der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Prof. Dr. Peter Porsch (am 13. Juni 2001):

Als die "Mauer" gebaut wurde, geschah dies in klammheimlicher Übereinstimmung zwischen Moskau, Ostberlin, Washington und Bonn: Die Welt war geteilt und bis auf den letzten Millimeter verteilt. Das veranschaulichten am 13. August 1961 die sich unmittelbar gegenüberstehenden Panzer der Supermächte an der Sektorengrenze in Berlin. Keine der beiden Seiten konnte ernsthaft ein Interesse an instabilen Verhältnissen haben. Als letztes Mittel der Konsolidisierung hätte mit dem Bau der Mauer aber ein Konzept einhergehen müssen, wie man sie wieder los wird. Die Mauer hat 1961 den Frieden in Europa und der Welt erhalten. Das Fehlen eines Konzeptes, wie man sie wieder los wird, hat nicht nur den Frieden in Europa zunehmend gefährdet. Vor allem ging ihr Fall jedoch einher mit dem tragischen Ende eines legitimen Sozialismusversuches. Das eröffnete zwar die Chance, Sozialismuskonzepte zu qualifizieren, entfesselte allerdings zuerst und global die kapitalistische Ökonomie.

Es war historisch verständlich und legitim, dass das "sozialistische Lager" nicht bereit war, sich einfach aufzulösen. Nach dem Mauerbau erlebte die DDR ein kleines Wirtschaftswunder, und es gab auch Fortschritte bei den Bemühungen, die Grenze zwischen den Systemen für die Menschen durchlässiger zu machen – erinnert sei an die Erleichterungen des Besucherverkehrs. Doch als der legitime Sozialismusversuch endgültig in die Krise geriet, fiel Honecker nur Zweierlei ein: Die Mauer werde es noch in hundert Jahren geben, und um die von ihr ungelösten und nicht mehr zu lösenden Probleme kümmerte sich die Stasi.

Die Folgen waren verheerend, nicht zuletzt durch die Abkoppelung eines großen Teils der Intelligenz vom internationalen Ideenaustausch. So blieb als Ausweg nur die Implosion. Diejenigen, von denen sich das Volk schließlich vertreten fühlte, organisierten folgerichtig die Abwicklung des Staates DDR bzw. in allen einstigen "Bruderländern" mehr oder weniger eindeutig die Abwicklung des gescheiterten Staats-Sozialismus.

Niemandem wäre damit geholfen, wenn wir uns für die Mauer entschuldigten. Aber dass wir daraus die politischen Konsequenzen ziehen, darf erwartet werden. Die Opfer der Mauer sind durch nichts zu rechtfertigen, so wenig wie alle Opfer von kalten oder heißen Kriegen und diese Kriege selbst. Das bedeutet als wichtigste Erkenntnis: Hinter dem Schutz einer Mauer kann sich ein Land auf Dauer nicht entwickeln. Es ist weder angeraten, sich einzumauern, noch darf es unsere Politik sein, Menschen "herauszumauern", die uns scheinbar nicht ins Konzept passen.

Das bedeutet konkret für die bevorstehende EU-Osterweiterung: Sie darf nicht auf eine Entgrenzung der Kapitalströme beschränkt werden. Gerade auf Grund unserer historischen Erfahrung müssen wir leidenschaftliche Anhänger der persönlichen Freizügigkeit des einzelnen Menschen sein. Wir treten ein für den Austausch der Gedanken, der Kulturen und natürlich auch der Wirtschaft. Ein entfesselter Kapitalismus war aber nicht das Ziel der Bewegung, die die Mauer zum Einsturz gebracht hat, also auch nicht eine Welt, in der sich das Geld bewegen darf, aber die Menschen nicht.

Die frühere Diktatur eines vergreisten Politbüros darf nicht ersetzt werden durch die Diktatur des Brüsseler Zentralismus, durch eine Bürokratie, die dem Großkapital die Hindernisse aus dem Wege räumt und den Menschen durch sinnlose Vorschriften den Alltag erschwert. Wir treten als sächsische PDS-Landtagsfraktion ein für ein Europa der Regionen, wohl wissend, dass keine Region für sich allein wachsenden Konzernmächten Paroli bieten kann. Dieses Europa muss von unten wachsen, wenn es eine Zukunft haben soll. Mit dem Europabüro in Bautzen, einer Drei-Länder-Konferenz in Zittau und grenzübergreifenden Initiativen mit Partnern aus Tschechien und Polen haben wir schon begonnen, zu dieser Entwicklung unseren Beitrag zu leisten.

Mit dieser viersprachigen Ausgabe unserer Fraktions-Zeitschrift "Parlament von links" wollen wir nicht nur diese Tradition fortsetzen, sondern einer breiten Öffentlichkeit ein wichtiges Thema vermitteln, das bislang zu wenig Beachtung findet. Daran können wir nur gemeinsam etwas ändern - über alle noch bestehenden Grenzen hinweg.

Geh doch rüber – bleib doch hier!

Referat von Petra Pau auf der Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Der Mauerbau – eine einvernehmliche Krise“ (30. Mai 2001)

I.

Jahrestage rufen historische Ereignisse auf den Plan. Das ist gut so. Das hat aber auch seine Tücken.

Tücke 1: Das Ereignis wird rückwirkend begutachtet. Und das ist immer ein anderer Blick, als "damals" angesagt und möglich war.

Tücke 2: Das Ereignis gerät allzu leicht in partei-politische Strudel. Zitat: "Geschichte ist das, was die Sieger überliefern."

Tücke 3: Jüngere Geschichte ist zudem mit subjektiven Erinnerungen verbunden. Sie sperrt sich oft objektiven Wertungen, sofern es so etwas überhaupt gibt.

II.

Tücke 1 - 3 (und sicher gibt es noch mehr) sind eigentlich dringende Mahnungen, die Geschichte den Historikern zu überlassen und die Politik bei ihren "Leisten" zu belassen. Wenn da nicht eine 4. Tücke wäre, ein Fakt: Die Politik von gestern schrieb die Geschichte von heute - mit. Und die Politik von heute beeinflusst, was morgen als Geschichte gelten wird. Deshalb lassen sich Visionen ebenso wenig von der Geschichte trennen, wie daraus erwachsene politische Ambitionen.

Um es praktisch zu sagen: Ich bin in der DDR groß geworden. Ich habe weit mehr Normalität als richtig und für ausbaufähig gehalten, als störend oder erdrückend. Aber ich könnte heute nicht ehrlich im Bundestag gegen die zunehmende Video- und immer maßloser werdende elektronische Überwachung opponieren, wenn ich nicht zugleich zu der Erkenntnis gekommen wäre: Das System MfS, also das System SED, also das System realer Sozialismus, also die sowjetische Prägung, all das von mir mitgelebte, war keine wahrhafte Alternative, ist keine Zukunftsantwort. Jedenfalls nicht, wenn man - wie ich - für einen demokratischen, also auch libertären Sozialismus eintritt.

Dass gerade zu dieser Frage in der PDS derzeit ein heftiger Streit geführt wird, dürfte sich herumgeschrieben haben. Ich wünschte mir dazu mehr gesellschaftliche Kontroversen, denn "Basta" oder "das war schon immer so", sind keine Aufbrüche. In eigener Sache bleibe ich dabei: Die PDS muss sich zu einer modernen sozialistischen Bürgerrechts-Partei weiterentwickeln. Was auch heißt: Die sozialistische Alternative zur real-existierenden Bundesrepublik Deutschland beinhaltet einen Bruch mit dem real-existierenden Sozialismus der DDR. Allerdings einen anderen, als ihn die real-existierende Bundesrepublik Deutschland vollzieht.

III.

Wenn es um die Berliner Mauer geht - sie war nicht nur Symbol, sondern zugleich Staats- und Systemgrenze - dann werden zumeist zwei Daten aufgerufen: der 13. August 1961 und der 9. November 1989, also die Verfestigung der deutschen Teilung und das Ende des DDR-Grenzregimes.

Locker formuliert könnte ich sagen: Beide Daten haben erst auf dem zweiten Blick etwas mit mir zu tun. Denn 1961 war ich noch nicht geboren und den weltbewegenden Abend des 9. November habe ich schlicht verschlafen. (In den letzten Wochen wurde ich ja gelegentlich ermahnt, nicht von Dingen zu reden, bei denen ich nicht dabei war ...)

Unterstellt, dass die DDR 1961 vor der Alternative stand, ihre Grenzen zu sichern, um den sozialistischen Versuch fortführen zu können, oder den sozialistischen Versuch bereits damals aufzugeben. Unterstellt, dass 1961 in Berlin nicht nur über und schon gar nicht allein durch die DDR entschieden wurde. Unterstellt, dass seinerzeit nicht nur eine weitere Ausreisewelle die DDR belastete, sondern ein System-Krieg noch immer politisch-strategisch als denkbar galt. All das unterstellt, ist der 13. August 1961 nicht mein zentrales Denk-Datum.

Meine Fragen sind: Warum begann nicht ab dem 14. August 1961 ein zunehmendes Nachdenken darüber, wie das Grenzregime liberalisiert werden kann? Warum haben wir (die SED), den "Helsinki"-Prozess der 70er Jahre als außenpolitisch entspannend gefördert, die innenpolitischen Spannungen aber ignoriert? Warum war die SED-Führung (und nicht nur sie) unfähig zu erkennen, dass dieser reale Sozialismus-Versuch - selbst für Linke - immer weniger Anziehungskraft ausstrahlte?

IV.

Als im Sommer 1989 Hunderttausende die DDR verließen, hatte Erich Honecker gerade den vielzitierten Satz gesprochen: *"Die Mauer wird in 50 Jahren und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind."* (Juni 1989) Er sprach ihn in Richtung Westen, im Osten aber entfaltete er seine Wirkung. Gerade auch bei jenen, die die Mauer nicht (mehr) als antifaschistischen Schutzwall, dafür aber längst als real-sozialistischen Trutz-Wall sahen.

Es ist verbürgt, dass viele Pfarrer und Pastoren sich seinerzeit mühten, Ausreisewillige zurück zuhalten, allemal wenn es sich um sozial-engagiert, linke Kritiker handelte. "Bleibt doch hier!", war Teil ihrer Fürbitte, eine Einladung. Linke in der Alt-BRD kannten einen anderen Spruch. "Geht doch rüber!", wurde ihnen häufig nahe gelegt, eine Ausladung. Der Spruch von den "vaterlandslosen Gesellen" erscheint so in völlig neuem Licht. Vielleicht kann man es als urdemokratische Abstimmung deuten: Die meisten Wessis wollten nicht "rüber", allzu viele Osis wiederum wollten nicht "bleiben".

Am 13. August 1961 wurde seitens der DDR das Ziel eingebaut, einen Sozialismus zu gestalten, der sich gegenüber dem kapitalistischen System als anziehend-überlegen erweist. Die Frage, ob dies erreicht sei, wurde endgültig 1989 mit DDR-Mehrheit und mit Nein beantwortet - eine historische Niederlage! Wobei sich ein "Mittel zum Zweck", nämlich die Berliner Mauer, letztlich als Barriere in eigener Sache erwies. Sozialistische Welt-Anschauung wurde in der DDR groß geschrieben. Die widersprüchliche Welt anschauen - aus verschiedenen Gründen - klein.

V.

Es geht nicht, über die Berliner Mauer zu sprechen und dabei Zwei-Drittel Berlins auszublenden, nämlich Berlin-West. Politisch war es das, wozu es subventioniert wurde: Ein Stachel wider die DDR. So wie die Hauptstadt der DDR als Schaufenster wider den Westen bemüht wurde. Aber weder in Ost-, noch in Westberlin lebten Schaufenster-Puppen oder Stachel-Tiere, sondern Berlinerinnen und Berliner unterschiedlichster Couleur.

Ich greife hier noch mal auf das Gesprächs-Protokoll Chrustschow-Kennedy vom Juni 1961 zurück. Chrustschow warnte damals den US-amerikanischen Präsidenten sinngemäß: Wer gegen Fidel Castro und die damit verbundenen Hoffnungen agiere, treibe die cubanische Bevölkerung uns, den Kommunisten in die Arme. Der Vergleich mag hinken. Aber die Bevölkerung West-Berlins empfand wohl Ähnliches, nur mit umgekehrtem Vorzeichen... und das lebt fort. Es bleiben Wunden, Verluste, Tote, beiderseits der Mauer ... allzu Menschliches und Unmenschliches.

VI.

Ein Manko, das sich 1989 in der DDR Bahn brach, war das Defizit an Demokratie. Nicht die Abwesenheit von Demokratie, denn die DDR kannte Mitbestimmungen, die in der BRD noch immer Tabus sind. Aber auf zentralen politischen Feldern, etwa bei freien Wahlen, war die DDR-Demokratie amputiert. Sie waren qua Sozialismus-Modell und per Verfassung nicht vorgesehen. Ich habe gelernt: Demokratie hat etwas mit Mitbestimmung und Mitbestimmung hat etwas mit Selbstbestimmung zu tun. Damit meine ich nicht die Souveränität des Staates, sondern die seiner Bürgerinnen und Bürger.

Und ich lese bei Friedrich Engels: Der Liberalismus sei die Wurzel des Sozialismus. Ob souveräne DDR-Bürger im August 1961 mit Mehrheit dieser Grenzsicherung zugestimmt hätte - ich weiß es nicht und ich kenne auch keine seriösen Forschungsergebnisse. Für den Fall der Mauer lässt sich dies wohl klar beschreiben. Damit meine ich nicht den arrogant-selbstherrlichen Coup eines Schabowski, der am 9. 11. 1989 in Westen-Taschen-Manier scheinbar Weltgeschichte schrieb. Im Grunde war das die alte Polit-Büro-Manier. Nein, historisch war aus meiner Sicht etwas anderes. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Volk als Souverän eingesetzt. "Wir sind das Volk", hieß der Anspruch. Und Bürgerrechte, wie Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit und Reisefreiheit, waren zentrale Forderungen an eine sozialistische DDR. Dass in diesem Kontext die Mauer friedlich fiel, dass es in diesem historischen Moment keine verzweifelte, letzte Staats- Gewalt gab, das war ein vielseitig getragenes demokratisches Merk-Mal.

VII.

Das im Rahmen der Konferenz vorgestellte Dokument, das Gesprächsprotokoll Chruschtschow-Kennedy vom 3./4. Juni 1961, unterstreicht, das die DDR nicht souverän war, auch nicht die BRD. Beide waren abhängige, untergeordnete Bestandteile größerer Zusammenhänge, Systeme. Das mag vordergründig vermitteln: Anfragen und Beschwerden sind höheren Ortes zu stellen! Was ich für falsch hielt, denn es gab ein Maß an Eigenverantwortung, das nicht delegierbar ist. Gleichwohl sollten wir uns vielleicht auch fragen, warum beide Deutschländer nicht souverän waren?

Mauer und Teilung waren keine schicksalhaften, aus der Luft gegriffenen "nationalen Strafen".

Sie waren auch ein Ergebnis dessen, wie sich Deutschland über 100 Jahre in die Welt eingebracht hat: Mit verheerenden Kriegen, mit todbringender Überhöhung, mit maßlosem Kapitalstreben. Und zugleich unfähig, sich selbst vom Faschismus zu befreien. Die "Mauer" ist also nicht nur Geschichte, sie "schrieb" nicht nur Geschichte, sie hat auch eine Vorgeschichte, und all das wirkt nach. Womit ich bei einer abschließenden Beobachtung wäre.

VIII.

Die Deutschen - hüben wie drüben - haben im Schatten der Mauer jahrzehntelang tief verinnerlicht, dass sie jeweils die guten Deutschen seien. Eben, weil sie nicht die anderen Deutschen - diesseits oder jenseits der Mauer - waren. Dieses Glaubens- und Trennungsmuster funktioniert auch noch 12 Jahre nach ihrem Fall. Solange diese Mentalitäten aber "funktionieren" und bedient werden, so lange haben wir nicht zueinander gefunden, auch nicht zu uns. "Das ist das Beunruhigende", schrieb mir ein Freund dieser Tage. Ich grübele noch. Denn wer oder was sind "wir Deutschen"? Und vor allem: was machen und wollen wir, wenn wir zueinander gefunden haben?

Lehre aus gescheiterten Mauern ist Freizügigkeit – sie ist durch Abschottung der EU und Rufe nach Schließung der Grenzen bedroht

Rede der Abgeordneten der Linksfraktion im Sächsischen Landtag, Freya-Maria Klinger, im Rahmen der Aktuellen Debatte auf Antrag der Fraktionen CDU und FDP „50. Jahrestag Mauerbau“:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

DIE LINKE hat sich von allen nicht demokratischen sozialistischen Modellen distanziert, -

(Zuruf von der CDU: Wann denn?)

- von einem Sozialismus, der die Menschen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ihrer Freiheit beraubt hat. Die Mauer hat die Menschen in der DDR ihrer Menschenrechte beraubt. Es wurden Familien zerstört. Es wurden Freundschaften zerstört. Die Mauer brachte Gefängnis, Verletzung oder sogar den Tod. Für den Mauerbau und das Unrecht in der DDR-

(Zuruf des Abg. Andreas Storr, NPD)

- gibt es keine Rechtfertigung, keine moralische, keine politische, keine historische.

(Beifall bei den LINKEN)

DIE LINKE bedauert das von der SED zu verantwortende Unrecht zutiefst. Gerade diese Erfahrungen sollten uns doch lehren, wie wichtig es ist, Demokratie und Menschenrechte hochzuhalten, sie zur Richtschnur der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung zu machen. Vor allem in Bezug auf die Freizügigkeit sollten wir unsere Haltung konkret machen.

Heute, 50 Jahre nach dem Mauerbau, gibt es immer noch Grenzen, gibt es immer noch Mauern.

(Andreas Storr, NPD: Die sind aber sehr löchrig! Da sieht man mehr Löcher als Mauer!)

Oftmals sind sie nicht mehr aus Stein und Beton. Vor Kurzem hat in der Dresdner Innenstadt die Initiative Bürgercourage eine symbolische Mauer aus Pappe aufgestellt. Dabei sollte an die 15.000 Flüchtlinge erinnert werden, die seit 1993 an den europäischen Grenzen ums Leben kamen, davon 120 Menschen, die an der Oder-Neiße Grenze ertranken, also quasi direkt vor unserer Haustür. Mit Mauern und Grenzen lassen sich keine Probleme lösen, weder politische noch wirtschaftliche, noch soziale.

Auch in der faktischen Abschaffung des Asylrechts zeigt sich das ambivalente Verhältnis zur Freiheit, zu Demokratie und zu den Menschenrechten. Werfen wir einen Blick in den Maghreb Aus unserer sicheren europäischen Entfernung ist es natürlich einfach, die Freiheitsbewegung dort moralisch zu unterstützen. Aber wenn es um konkrete Hilfe geht, wenn es darum geht, Flüchtlinge aus Nordafrika aufzunehmen, dann wollen wir das wohl eher nicht. Sie könnten unseren Wohlstand gefährden. Ich frage mich schon, ob die Stärkung von Frontex mit dem Ziel der Abschottung der EU-Außengrenzen die richtige, die humanistische Antwort auf Menschen sein kann, die aus humanitären Gründen Asyl suchen.

(Beifall bei den LINKEN - Zuruf des Abg. Andreas Starr, NPD)

Ich finde die Bilder aus den überfüllten Flüchtlingslagern in Griechenland, in Lampedusa unerträglich, die Bilder oder die Meldungen über die verschwundenen Boote auf dem Mittelmeer.

(Zurufe von der CDU und der NPD - Unruhe)

1.300 Menschen sind allein in diesem Jahr bei ihrer Flucht über das Mittelmeer ertrunken.

(Zuruf des Abg. Andreas Storr, NPD)

Aber die Freiheit dieser Menschen, ihre Suche und ihr Streben nach einem sicheren, nach einem besseren Leben ist ebenso ein Menschenrecht und unteilbar. Damals wie heute -

(Beifall bei den LINKEN - Zuruf des Abg. Christian Piwarz, CDU)

- muss die Lehre aus gescheiterten Mauern doch sein: Freizügigkeit.

(Andreas Storr, NPD: Genau! Die ganze Welt!)

Diese Freizügigkeit ist ständig und aktuell mehr bedroht, zum Beispiel auch durch Rufe aus der CDU, Rufe nach der Wiedereinführung der Grenzkontrollen zu unseren Nachbarländern zum Beispiel. Die Freizügigkeit ist ein kostbares, ein zartes Pflänzchen.

(Andreas Storr, NPD: Das ist Unkraut!)

Sie muss politisch und gesellschaftlich gehegt und gepflegt werden. Dazu kann hoffentlich die heutige Debatte einen wertvollen Beitrag leisten. Unsere gemeinsame Aufgabe muss es sein, bestehende Mauern abzubauen, und zwar die gegen die Menschen und die in unseren Köpfen.

(Beifall bei den LINKEN)

